

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

41. Sitzung

Hannover, den 17. Mai 2024

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 26:

Mitteilungen der Präsidentin 3291

Tagesordnungspunkt 27:

Erste und abschließende Beratung:

45 Jahre Europawahlen und 75 Jahre Grundgesetz: Feiern, verteidigen und stärken wir Demokratie, Frieden und Freiheit - Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/4270 neu 3291
Immacolata Glosemeyer (SPD) 3291
Sebastian Lechner (CDU) 3293
Anne Kura (GRÜNE) 3295
Dennis Jahn (AfD) 3296
Dr. Kathrin Wahlmann, Justizministerin 3298
Beschluss 3299

Tagesordnungspunkt 28:

Fragestunde 3299

a) „Muslim Interaktiv“ auf dem Vormarsch: Was unternimmt die Landesregierung, um eine islamische Radikalisierung in Deutschland und Niedersachsen zu verhindern? - Anfrage der Fraktion der AfD - Drs. 19/4261 3299
Stephan Bothe (AfD) 3299, 3301, 3303, 3304
Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport 3300 bis 3304
MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) 3302, 3309
Lara Evers (CDU) 3302, 3304, 3308
Sebastian Zinke (SPD) 3305
Michael Lüthmann (GRÜNE) 3306

b) **Wissenschaftsstandort Niedersachsen - wie wird sich die Forschungslandschaft weiterentwickeln?** - Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 19/4262 3309

Sebastian Penno (SPD)

..... 3309, 3310, 3313, 3314

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur 3310 bis 3314

Jessica Schülke (AfD) 3311, 3313, 3315

Pippa Schneider (GRÜNE) 3311, 3314, 3316

Cindy Lutz (CDU) 3312, 3313, 3317

Tagesordnungspunkt 29:

Erste Beratung:

Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch wirksame Reformen erhöhen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4255 3318

und

Tagesordnungspunkt 30:

Erste Beratung:

Für eine bessere Versorgung mit Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks - niedersächsische Interessen im NDR wahren! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4256 3318

Jens Nacke (CDU) 3318, 3322

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE) 3320

Kirsikka Lansmann (SPD) 3321

Jens-Christoph Brockmann (AfD) 3322

Ausschussüberweisung 3323

Nächste Sitzung 3323

Vom Präsidium:

Präsidentin	Hanna N a b e r (SPD)
Vizepräsident	Marcus B o s s e (SPD)
Vizepräsidentin	Sabine T i p p e l t (SPD)
Vizepräsident	Jens N a c k e (CDU)
Vizepräsidentin	Barbara O t t e - K i n a s t (CDU)
Vizepräsidentin	Meta J a n s s e n - K u c z (GRÜNE)
Schriftführer	Markus B r i n k m a n n (SPD)
Schriftführerin	Corinna L a n g e (SPD)
Schriftführer	Guido P o t t (SPD)
Schriftführerin	Annette S c h ü t z e (SPD)
Schriftführer	Dennis T r u e (SPD)
Schriftführer	Dr. Karl-Ludwig v o n D a n w i t z (CDU)
Schriftführerin	Lara E v e r s (CDU)
Schriftführer	Axel M i e s n e r (CDU)
Schriftführer	Alexander W i l l e (CDU)
Schriftführerin	Evrin C a m u z (GRÜNE)
Schriftführerin	Eva V i e h o f f (GRÜNE)
Schriftführer	Jürgen P a s t e w s k y (AfD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Stephan W e i l (SPD)

Ministerin für Inneres und Sport
Daniela B e h r e n s (SPD)

Staatssekretär Stephan M a n k e ,
Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister
Gerald H e e r e (GRÜNE)

Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Dr. Andreas P h i l i p p i (SPD)

Staatssekretärin Dr. Christina A r b o g a s t ,
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Minister für Wissenschaft und Kultur
Falko M o h r s (SPD)

Staatssekretär Prof. Dr. Joachim S c h a c h t n e r ,
Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Kultusministerin
Julia Willie H a m b u r g (GRÜNE)

Staatssekretärin Andrea H o o p s ,
Staatssekretär Marco H a r t r i c h ,
Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
Olaf L i e s (SPD)

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Miriam S t a u d t e (GRÜNE)

Justizministerin
Dr. Kathrin W a h l m a n n (SPD)

Staatssekretär Dr. Thomas S m o l l i c h ,
Justizministerium

Staatssekretär Matthias W u n d e r l i n g - W e i l -
b i e r ,
Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Regionale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 10.32 Uhr.

Vizepräsident Jens Nacke:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem wir heute Morgen bereits einen würdigen Festakt hatten, darf ich nun die 41. Sitzung des 16. Tagungsabschnitts des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode eröffnen.

Tagesordnungspunkt 26:

Mitteilungen der Präsidentin

Ich stelle die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Nach der soeben durchgeführten Feierstunde beginnen wir nun, abweichend von den üblichen Gepflogenheiten, mit der Beratung eines Entschließungsantrags.

Die heutige Sitzung soll gegen 13.40 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt nunmehr die Schriftführerin Frau Lange mit. Bitte schön!

Schriftführerin Corinna Lange:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es haben sich entschuldigt: von der Landesregierung Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Wiebke Osigus und Umweltminister Christian Meyer, von der Fraktion der SPD die Abgeordneten Matthias Arends, Thore Güldner und Deniz Kurku, von der Fraktion der CDU die Abgeordneten Birgit Butter und Ulf Thiele und von der Fraktion der AfD die Abgeordnete Delia Klages und ab 11 Uhr der Abgeordnete Peer Lilienthal.

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Lange.

Wir starten nun mit:

Tagesordnungspunkt 27:

Erste Beratung:

45 Jahre Europawahlen und 75 Jahre Grundgesetz: Feiern, verteidigen und stärken wir Demokratie, Frieden und Freiheit - Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/4270 neu

Für die Einbringung hat sich für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Glosemeyer gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Immacolata Glosemeyer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte mich erst einmal beim Präsidium und bei der Präsidentin bedanken für diese doch sehr bewegende Feierstunde, der wir beiwohnen durften. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute haben wir die besondere Gelegenheit, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, unsere Verfassung, zu feiern.

Mit Ablauf des 23. Mai 1949 und damit gerade erst vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs trat das Grundgesetz vor 75 Jahren in Kraft. Es legte den Grundstein für die Entwicklung unseres Landes zu einer stabilen Demokratie und freiheitlichen Gesellschaft. Das Grundgesetz führte uns aus der Zeit nationalsozialistischen Unrechts und bildete vom ersten Tag an das stabile Fundament für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit.

Ich möchte mich vor allem bei den Müttern unserer Verfassung, die ich in den Fokus rücken möchte, bedanken. Denn sie haben als Mitglieder des Parlamentarischen Rates wesentlich zur Entstehung des Grundgesetzes und zu der verfassungsrechtlichen Gleichstellung von Frauen und Männern beigetragen. „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ - so lautet der erste Satz von Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes. Ohne das Engagement der vier Frauen im Parlamentarischen Rat und der vielen Frauen, die sich in der Öffentlichkeit für die vollständige Gleichberechtigung stark gemacht haben, wäre es zu dieser Formulierung zur damaligen Zeit nicht gekommen. Aus diesem Artikel im Grundgesetz entstanden viele wegweisende Rechte für uns Frauen, für die ich den Frauen von damals sehr dankbar bin.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Für uns alle ist die Verfassung ein wertebasierter Kompass, der uns durch die Herausforderungen der Zeit leitet. Vor allem ist sie aber ein Versprechen dafür, dass sich die Gräueltaten und Verbrechen der na-

tionalsozialistischen Schreckensherrschaft nie wieder wiederholen. Nie wieder dürfen Terror, Diktatur und Krieg von deutschem Boden ausgehen!

An dieser Stelle möchte ich einen Satz aus der Präambel des Grundgesetzes zitieren, der wenige Wochen vor der Wahl des Europäischen Parlaments ganz besondere Bedeutung hat:

„von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

Das unterstreicht noch einmal, welche Weitsicht und Zuversicht die Mütter und Väter des Grundgesetzes besaßen. Denn nie wieder sollte Deutschland mit einem entfesselten Nationalismus andere Länder unterdrücken und sich in Europa isolieren.

Das ist auch der Grund, warum es bereits in der Präambel um eine Einbindung Deutschlands in ein vereintes Europa geht. Entgegen häufiger Behauptungen sind Europa und das Grundgesetz ausdrücklich kein Widerspruch. Ganz im Gegenteil: Wer die Einbindung Europas aufzulösen versucht, der stellt sich damit ins Abseits unserer verfassungsrechtlichen Grundordnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich als Abgeordnete mit Migrationshintergrund hat das Grundgesetz einen ganz besonderen persönlichen Stellenwert. Dieses Grundgesetz ist die Basis des Zusammenlebens. Es ist auch die Basis des Zusammenlebens der vielen hier lebenden Menschen unterschiedlicher Nationalitäten aus der ganzen Welt, mit unterschiedlichen Religionen und Kulturen. Es hält unsere Gesellschaft zusammen und bietet Minderheiten entsprechenden Schutz. Gerade eine Verfassung muss sich daran messen lassen, wie sie mit Minderheiten umgeht. Deshalb bin ich sehr stolz auf unsere Verfassung und besonders auf Artikel 3, in dem es heißt:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dennoch gilt wie immer: Eine Demokratie funktioniert nicht ohne Demokratinnen und Demokraten, die sie mit Leben füllen. Wir durften das heute hier verschiedentlich hören. Sie benötigt auch die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Wir alle sind dazu aufgerufen, ein Stück zum Gelingen der verfassungsgemäßen

Ordnung beizutragen. Denn das Grundgesetz ist eine lebendige Verfassung.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Ehrenamtlichen im ganzen Land bedanken, die dazu beitragen, dass wir diesen Zusammenhalt hier haben und stärken können und dass sie sich demokratisch einbringen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Denn solange wir alle gemeinsam daran mitwirken, unsere Demokratie zu formen, solange wird auch diese Verfassung zeitgemäß sein und sich an neue Herausforderungen, denen wir uns unweigerlich werden stellen müssen, anpassen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie will also gelernt und gelebt werden, und das zentrale Gut dabei ist das Wahlrecht. Mit heute sind es noch genau 22 Tage, bis über 6 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger in Niedersachsen erneut dazu aufgerufen sind, ihre Stimme für die Europawahl abzugeben. Unsere Kinder sind schon jetzt Europäerinnen und Europäer. Sie können frei reisen, wohnen und arbeiten, studieren, wo sie wollen. Auch deshalb ist es so wichtig, dass das Wahlalter auf 16 gesenkt wurde. Denn ihre Zukunft wird von den Entscheidungen im Europäischen Parlament besonders abhängen - so auch bei dem wichtigen Zukunftsthema Klimaschutz.

Eine in dieser Woche veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass etwa zwei Drittel der jungen Menschen in Deutschland bei den Europawahlen wählen gehen wollen. Das zeigt uns doch deutlich, dass diese jungen Menschen nicht an der Seitenlinie stehen wollen, sondern sie wollen konstruktiv daran mitwirken, dass Europa *ihr* Europa wird. Deshalb ist es auch richtig und wichtig, dass die Landesregierung intensiv auf Social Media und anderen Plattformen darauf aufmerksam macht, zur Wahl zu gehen und sich zu informieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Europawahl am 9. Juni wird für die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger von außerordentlicher Bedeutung sein. Es geht dabei um nicht weniger als unsere Zukunft.

Zurzeit erleben wir die Rückkehr imperialistischer Mächte. Wir sind von einem Krieg auf unserem Kontinent sowie der Gefahr einer Ausweitung bedroht, während unsere Demokratie unter Beschuss steht. Und gleichzeitig müssen wir uns den Herausforderungen der künstlichen Intelligenz, des Klimawan-

dels und den daraus resultierenden Migrationsbewegungen sowie zunehmenden Ungleichheiten stellen. Die meisten Lösungen für unsere Sorgen und Hoffnung können wir nicht allein erreichen. Nur durch eine handlungsfähige Europäische Union können sie angegangen werden. Jeder sollte sich dieser Verantwortung bewusst sein.

Bitte stimmen Sie alle am 9. Juni demokratisch ab für ein Europäisches Parlament, das eine einzigartige Erfolgsgeschichte in Europa geschrieben hat, und setzen Sie ein Zeichen mit Ihrer Stimme!

Ich freue mich, dass wir diesen Antrag heute hier eingebracht haben - und zwar gemeinschaftlich.

Hoch lebe das Grundgesetz! Hoch lebe die Demokratie! Vive l'Europe!

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Glosemeyer. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU Herr Fraktionsvorsitzender Lechner. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Sebastian Lechner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! In diesem Jahr haben wir allen Anlass dazu, mit Dankbarkeit auf drei zentrale Ereignisse deutscher Geschichte zurückzublicken. Vor 75 Jahren trat das Grundgesetz in Kraft, vor 45 Jahren fanden die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt, und vor 35 Jahren führte die friedliche Revolution der mutigen Bürgerinnen und Bürger in der damaligen DDR zum Fall des Eisernen Vorhangs und zur Wiedervereinigung unseres Landes. Und an die Stelle des früheren Artikels 23 des Grundgesetzes, der ein Eckpfeiler des verfassungsrechtlichen Auftrags zur Wiedervereinigung war, ist 1992 der Europaartikel getreten.

Drei Ereignisse, die schon für sich allein genommen unser Land nachhaltig geprägt, verändert und transformiert haben. Das demokratisch verfasste, europäisch verankerte und friedlich vereinigte Deutschland wäre ohne diese drei konstitutiven Wegmarken nicht möglich gewesen. Und deswegen blicken wir heute mit großer Dankbarkeit auf diese besonderen deutsch-europäischen Jubiläumsjahre zurück und auf die Menschen, die das möglich gemacht haben.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bei all der berechtigten Dankbarkeit sollten wir aber auch demütig bleiben. Denn in diesem Jahr jährt sich auch ein weiteres Schicksalsjahr deutscher Geschichte: Vor 85 Jahren, am 1. September 1939, überfiel das Deutsche Reich Polen. Damit begann nicht nur der verbrecherische Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands, der weltweit über 60 Millionen Todesopfer forderte, damit begann auch der Zivilisationsbruch der Schoah, der Ermordung von über 6 Millionen Juden in deutschem Namen.

Nur wer sich dieses schrecklichen Teils unserer Geschichte bewusst ist, daraus Verantwortung für zukünftiges Handeln ableitet und sich der immerwährenden Verpflichtung gewahr ist, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen, der ist heute dazu aufgerufen, mit uns gemeinsam die drei glücklichen Wegmarken deutsch-europäischer Geschichte zu feiern.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Grundgesetz war Konsequenz aus diesem Scheitern von Weimar - aus der Machtergreifung der Nationalsozialisten und aus dem Gräuel des Zweiten Weltkriegs. Deswegen stellten die Mütter und Väter des Grundgesetzes die unveräußerlichen Grundrechte an den Beginn des Grundgesetzes.

Es war auch Konrad Adenauer, der als Vorsitzender des Parlamentarischen Rates, dem Gremium, welches das Grundgesetz erarbeitete, maßgeblich an der Formulierung des Artikels 1 beteiligt war: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Was für ein großartiger, aus dem christlichen Menschenbild abgeleiteter Satz! Die Verbrechen des Nationalsozialismus wären ohne die Abkehr von diesem Paradigma nie möglich gewesen. Und es ist unsere historische Verantwortung und Verpflichtung und auch Auftrag aus dem Grundgesetz - der besten Verfassung, die wir je hatten -, nie wieder die Würde auch nur eines Menschen in unserem Lande zu verletzen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Konsequenz aus Weimar und dem Nationalsozialismus war aber nicht nur die veränderte Stellung der Grundrechte in der Verfassung, nicht nur das Demokratieprinzip, nicht nur der Rechtsstaat, sondern auch die Erkenntnis, dass eine starke Gewalt

tenteilung wichtig ist - horizontal zwischen Judikative, Exekutive und Legislative, aber auch vertikal zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen. Es war der Wille der Gründermütter und -väter unseres Grundgesetzes - aus den Erfahrungen des Dritten Reiches -, nie wieder die Macht in eine Hand zu geben.

Die heutigen zentralstaatlichen Tendenzen, die wir eben auch an der Auswertung von Herrn Professor Busch ablesen konnten, erwecken deshalb bei mir große Skepsis. Der Bund regiert heute allzu oft in die Kompetenzen der Länder hinein, und wir tun dies in ähnlicher Art und Weise auch gegenüber den Kommunen. Wir brauchen mehr Mut für den Gedanken der Subsidiarität, ein aus der christlichen Soziallehre stammender Begriff. Das macht uns schneller, es macht uns besser, und es ist zu Recht konstitutives Element unseres Grundgesetzes. Haben wir mehr Mut zum Föderalismus!

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt umso mehr, als unsere liberale Demokratie vor allem von den vielen Menschen vor Ort getragen wird - vor allem von den Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich engagieren, von den vielen Vereinen, Gemeinschaften, Initiativen vor Ort, von den Medien, von den kommunalen Zeitungen. Und deswegen ist es auch so wichtig, dass gerade diese Menschen ihren Freiraum und ihre Motivation behalten. Wenn sie im Internet beschimpft und bedroht werden, sie gar geschlagen oder angegriffen werden, dann wird die Axt an die Wurzeln unserer liberalen Demokratie gelegt. Wir dürfen hier keinen Millimeter weichen, sonst weicht unsere liberale Demokratie!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dabei ist natürlich auch die Art und Weise, wie wir uns politisch auseinandersetzen, sehr wichtig. Ich kann ihn nicht mehr hören, diesen einen Satz: Das muss man doch mal sagen dürfen! - Ja, man kann in Deutschland zu Recht vieles sagen. Und wir müssen die Dinge auch ansprechen. Wir dürfen nichts verschweigen. Wir müssen die Probleme adressieren. Aber wir machen das anständig und respektvoll. Und vor allem wahren wir dabei die Würde eines jeden Menschen in unserem Land.

Und wir werden auch immer Kompromisse schließen müssen. Angesichts seiner Entstehungsgeschichte war auch das Grundgesetz durchweg eine Verfassung mit Kompromisscharakter. Denn es galt, die Vorstellung des christlich-liberalen sowie

des sozialdemokratischen Lagers klug miteinander auszutarieren. Kompromisse sind das Wesen der Demokratie und auch das Wesen des Grundgesetzes. Bürgerlich-politische Kultur, Kompromisse, sind nicht veraltete politische Formen irgendwelcher Altparteien, sondern für eine liberale Demokratie notwendige Voraussetzung des Zusammenhalts.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nicht nur in Deutschland ist die Demokratie herausgefordert - in ganz Europa sind Frieden und Freiheit bedroht. Es ist kein Geheimnis, dass Russland und China die liberalen Demokratien destabilisieren wollen. Sie finden willfährige Helfer - leider - in den rechtspopulistischen und -extremen wie auch in den linkspopulistischen und linksextremen Parteien in Europa. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass vorgestern ein Abgeordneter der AfD seine Rede auf Chinesisch beendete.

(Lachen bei der AfD - Zuruf von der AfD: Peinlich!)

Aber wir lassen das nicht zu. Wir werden allen entgegentreten, die unser Europa zerstören wollen; denn nur ein einiges, geopolitisch handlungsfähiges, starkes Europa ist Garant für die Zukunft, für Frieden und Freiheit auch in Niedersachsen und Deutschland.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Klar, wir müssen Europa und die EU auch reformieren. Es läuft nicht alles gut. Mehr Pragmatismus ist das Gebot der Stunde. Wir müssen die demokratischen Institutionen stärken. Wir brauchen das Initiativrecht für das Europäische Parlament - auch mehr Anbindung der Kommission an das Parlament. Hierzu brauchen wir eine Debatte darüber, was Europa wirklich machen muss. Auch hier gilt es, die Subsidiarität wieder in den Blick zu nehmen. Aber bei all den Einwendungen bleibt diese Europäische Union das größte Friedens- und Freiheitsprojekt, das die Welt bisher gesehen hat.

Mir ist das noch einmal bewusst geworden, als ich beim Staatsakt für den verstorbenen Wolfgang Schäuble anwesend sein durfte. Er war ein glühender Europäer - nie Bundeskanzler, nie Staatspräsident. Trotzdem kam der französische Präsident zum Staatsakt, weil es ihm wichtig war, diesen Menschen zu ehren, aber vor allen Dingen auch ein Zeichen für die deutsch-französische Freundschaft und dieses Europa zu setzen. Ich hatte Gänsehaut bei seiner Ansprache im Parlament. Wer hätte 1951,

bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, gedacht, dass aus erbitterten Feinden enge Verbündete werden? Es ist diese Idee von Frieden und Freiheit, die Europa ausmacht und für die wir uns jeden Tag neu engagieren müssen.

(Starker Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sind Niedersachsen und überzeugte Europäer. Wir sind stolz, im Herzen Europas zu liegen, mit all den damit verbundenen Chancen. Wir sind Verkehrs- und Logistikkreisläufe, wir sind der Energy-Hub, wir sind mit unseren Universitäten und Hochschulen eng eingebunden in des Europäische Forschungsnetzwerk. Die Zukunft Niedersachsens geht nur mit Europa. Deswegen appelliere ich wie vorhin schon meine Kollegin an alle Niedersachsen dort draußen, am 9. Juni wählen zu gehen. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch, und stärken Sie die Demokratie in Europa!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns die Wegmarken unserer deutsch-europäischen Geschichte heute feiern - diese großartigen Wege der deutschen Demokratie und der europäischen Einigung, in der festen Überzeugung, dass es sich lohnt, sich für unsere Demokratie einzusetzen, sei es 1949, 1979, 1989 oder 2024.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN sowie vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Lechner. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Fraktionsvorsitzende Kura. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anne Kura (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg*innen! In einer Parabel von David Foster Wallace schwimmen zwei junge Fische ihres Weges und treffen zufällig einen älteren Fisch. Der kommt ihnen entgegen, nickt ihnen zu und sagt: „Morgen, Jungs! Wie ist das Wasser?“ Die zwei jungen Fische schwimmen eine Weile weiter. Schließlich guckt der eine den anderen an und fragt: „Was, zum Teufel, ist Wasser?“

(Eine Mitarbeiterin des Saaldienstes stellt der Rednerin ein Glas Wasser ans Redepult)

- Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall)

Die meisten von uns kennen das Leben nur unter den Freiheiten des Grundgesetzes. Manchmal frage ich mich, ob es uns mit den Freiheiten so geht wie den jungen Fischen in der Parabel. Wer ein Leben lang in Freiheit lebt, dem fällt es nicht immer leicht, ihren unschätzbaren Wert zu erkennen. Das Wasser existiert unabhängig von dem Verhalten seiner Bewohner*innen. Das gilt für unsere Demokratie nicht. Weder die zu Recht gelobten Artikel des Grundgesetzes noch seine Erfolgsgeschichte sind eine Garantie für die Zukunft. Wer auch zukünftig in Frieden und Freiheit und in einem demokratischen Rechtsstaat leben will, der muss dafür Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb ist es so wichtig, dass sich so viele in unserem Land jeden Tag für die Demokratie und ihre Werte engagieren. Denn 75 Jahre Grundgesetz bedeuten für uns in Niedersachsen 75 Jahre Leben in Frieden, Freiheit und Demokratie. Dieses Grundgesetz ist ein Glücksfall für unser Land.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD und bei der CDU)

Der 75. Geburtstag ist ein Grund zum Feiern. Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin, auch im Namen meiner Fraktion für die Feierstunde.

Liebe Kolleg*innen, am 23. Mai findet an sehr vielen Schulen ein Aktionstag statt. Danke an alle, die sich hierbei engagieren! Das ist eine richtig gute Initiative der Landesregierung und insbesondere des Kultusministeriums. Ich danke außerdem allen, die - oft auch zum Tag des Grundgesetzes - Einbürgerungsfeiern organisieren; denn jede einzelne, ganz gleich, an welchem Tag im Jahr, ist immer auch eine Feierstunde für das Grundgesetz.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleg*innen, die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist eine Geschichte des erfolgreichen Wandels - wirtschaftlich, gesellschaftlich und ökologisch. Das Grundgesetz ist dafür die Basis. Es versetzt uns in die Lage, Probleme gemeinsam zu lösen und dabei Kompromisse zu finden.

Pluralität und Vielfalt sind die großen Stärken unseres Landes. Nicht, die gleiche Meinung zu haben, hält uns zusammen, sondern unsere Fähigkeit zu Kompromissen.

Im Grundgesetz spiegelt sich gesellschaftlicher Wandel, am spektakulärsten - das haben wir heute schon gehört - in Artikel 23, der nach der Deutschen Einheit zum Paragrafen der europäischen Einigung wurde. Meilenseine sind auch die Verankerung des Umweltschutzes als Staatsziel und des aktiven Gleichstellungsauftrags. Das Grundgesetz ist im Laufe der Jahre immer inklusiver geworden. Das zeigt: Unsere Verfassung ist lebendig, und sie lässt sich auch noch weiterentwickeln.

Liebe Kolleg*innen, aber es gibt auch Dinge, die unveränderbar bleiben müssen. Das Grundgesetz ist die Antwort auf die Verbrechen und Gräueltaten der Deutschen in den Jahren 1933 bis 1945. Auch deshalb beginnt es mit seinem wichtigsten Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Daran muss sich alles staatliche Handeln jeden Tag messen lassen. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes legten die Prinzipien des liberalen und demokratischen Rechtsstaats unverrückbar fest. Im demokratischen Rechtsstaat herrscht das Volk mit den Mitteln des Rechts, und das Recht sichert immer auch die Freiheiten von Minderheiten; es schützt sie, und es stärkt sie. Um es klar zu sagen: Das Grundgesetz schließt einen rassistischen Volksbegriff kategorisch aus.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Doch nur, weil etwas dort ausgeschlossen ist, heißt es nicht, dass es nicht existiert. Wir dürfen nicht blind sein. Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus waren nie weg. Sie sind bittere Realität in unserem Land, die viel zu viele Menschen täglich zu spüren bekommen.

Das Grundgesetz enthält Abwehrmechanismen, die die Verfassungsorgane einsetzen können und auch einsetzen müssen. Dafür ist das Urteil des OVG Münster ein wichtiger Schritt.

Liebe Kolleg*innen, das Grundgesetz steht zur europäischen Einigung. Für die großen Aufgaben unserer Zeit brauchen wir eine demokratische, handlungsfähige und starke Europäische Union. Auch für die EU gilt: Vielfalt macht uns stark. Dass Rechts-extreme und Antidemokrat*innen in Europa nach der Macht greifen, bedroht Freiheit, Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent. Wer rechtsext-

rem wählt, der wählt Spaltung. Der wählt die Spaltung Europas, der wählt Schwäche. Wir brauchen aber Stärke.

Bis zum 9. Juni wählen wir gemeinsam mit 400 Millionen Europäer*innen das Europäische Parlament. Ich appelliere an alle Menschen über 16 in unserem Land: Entscheiden Sie sich für Frieden in Freiheit!

(Zurufe von der AfD)

Machen Sie sich und dem Grundgesetz ein Geschenk! Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, und stimmen Sie für eine demokratische Partei!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Kura.

An dieser Stelle auch einmal ein herzliches Dankeschön an den Sitzungsdienst, der uns hier immer unterstützt und auch rechtzeitig bei jeder Gelegenheit das Wasser bringt!

(Beifall)

Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der AfD der Kollege Jahn. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Dennis Jahn (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich meine Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, dass wir nicht in den aktuellen Prozess mit einbezogen wurden. Dies hätte eine hervorragende Möglichkeit dargestellt, parteiübergreifend für demokratische Werte einzutreten und gemeinsam zur Teilnahme an der EU-Wahl zu motivieren.

(Beifall bei der AfD)

Sicherlich hätten wir auch gemeinsame Schnittstellen identifizieren können, hinter die sich jeder Wähler stellen könnte. Dennoch scheint es, als gehe es nicht darum, sondern vielmehr um eine grundlose Furcht vor den Positionen der AfD und somit eine sichtbare Substanzlosigkeit Ihrer Kampagnen.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Opferrolle?)

Während wir das 75. Jubiläum unseres Grundgesetzes feiern, stehen wir mit der Europäischen Union einem übergeordneten Konstrukt gegenüber, das die Souveränität und die Freiheit der Bürger

missachtet und nie vom Souverän dazu legitimiert wurde.

Seit 45 Jahren wird uns nun vorgegaukelt, wir hätten Mitspracherechte. Doch in Wahrheit liegt die Macht bei einer undurchsichtigen und nicht vom Volk gewählten Kommission. Diese 75 Jahre des Grundgesetzes werden von einer EU überschattet, die echte demokratische Werte kaum zu würdigen weiß. Es ist eine Schande! Deutschland zahlt, zahlt und zahlt - und welchen Nutzen haben wir davon? Welche bahnbrechenden Erfolge kann die EU vorweisen?

Neben vielen abkömmlichen Nebelkerzen gibt es auch weitreichende und freiheitseinschränkende Maßnahmen wie den Digital Services Act. Dieses Gesetz könnte dazu führen, dass EU-kritische Inhalte während des Wahlkampfes zensiert werden, unabhängig davon, ob es sich um Fake News handelt oder schlicht um berechtigte Kritik an den Schattenseiten der EU. So geschehen bei unserem EU-Spitzenkandidaten Dr. Maximilian Krah, der aufgrund seiner Popularität nun nicht mehr auf den TikTok-For-you-Seiten angezeigt wird. In vorauseilendem Gehorsam nämlich sehen sich Social-Media-Betreiber gezwungen, Inhalte in ihrer Reichweite zu beschränken, um nicht mit exorbitant hohen Geldstrafen überzogen zu werden.

(Zurufe von der AfD: Aha! Freiheit!)

Das riecht nach Zensur durch einen unkontrollierten Superstaat, was wiederum diametral zu unserem mehrfach erwähnten Grundgesetzartikel 5 steht, und ist einer freiheitlichen Demokratie unwürdig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ferner steht dem von Ihnen stets proklamierten Bürokratieabbau ein sich immer weiter aufblühender Beamtenapparat gegenüber, der sich von der Realität der Bürger so weit entfernt hat, dass vielfältige oder absurde Maßnahmen nötig werden, um die Bürger von der Sinnhaftigkeit dieses Konstruktes noch zu überzeugen. 60 000 EU-Beamte zeugen von einer exzessiven Bürokratie und der systematischen Schaffung Tausender Versorgungsposten, die den EU-Bürger zwar 8 Milliarden - oder, anders ausgedrückt: 8 000 Millionen - Euro kosten, aber in den wenigsten Fällen für diesen einen erkennbaren Nutzen bringen.

Meine Damen und Herren, es ist an der Zeit, klare Zeichen zu setzen. Wir brauchen keine leeren Versprechungen mehr von der EU, sondern echte, substanzvolle Taten, die spürbare Verbesserungen für

das Zusammenleben auf unserem Kontinent mit sich bringen. Hier müssen wir ansetzen! Nicht die europäische Idee, aber diese Europäischen Union in ihrer aktuellen Form ist mehr Selbstzweck und schadet den Bürgern und muss aus diesem Grund reformiert werden. Oder, falls unmöglich - Ultima Ratio -, ist nur noch ein Dexit die Lösung.

Es bleibt festzuhalten, dass in Ihrem Antrag kein konstruktiver Ansatz erkennbar ist, sondern vielmehr ein offensichtliches Propagandawerkzeug von SPD, Grünen und CDU. Es stellt einen Versuch dar, den Wahlkampf manipulativ zu beeinflussen.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Sie wollten doch mit unterschreiben!)

Um abschließend noch mal aufs Grundgesetz zu kommen, hier noch ein paar Beispiele Ihrer Versäumnisse der jüngsten Geschichte:

Artikel 1 und 2 Grundgesetz: unverhältnismäßige Einschränkungen der persönlichen Freiheiten, Missachtung der Menschenwürde,

Artikel 3 Grundgesetz: Maßnahmen gegenüber bestimmten Berufsgruppen,

Artikel 4 Grundgesetz: Einschränkung von Gottesdiensten im Zuge der Pandemiemaßnahmen,

Artikel 5 Grundgesetz: Eingriffe in die Pressefreiheit durch Überwachung und Druck auf Journalisten,

Artikel 6 Grundgesetz: Schließung von Schulen und Kindergärten, besondere Belastung der Familien,

Artikel 7 Grundgesetz: Digitale Spaltung und mangelnde Unterstützung während des Fernunterrichts,

Artikel 8 Grundgesetz: Verbote und Einschränkung von Demonstrationen,

Artikel 9 Grundgesetz: Schwierigkeiten für Vereine und Organisationen, ihre Aktivitäten aufrechtzuerhalten,

Artikel 10: Überwachungstechnologien und deren Einsatz gegen Bürger ohne Verdachtsmoment.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Holen Sie zwischendurch Luft, sonst werfen Sie uns vor, dass wir Ihre Gesundheit nicht schützen!)

Ich könnte lange so weitermachen, aber ich glaube, das reicht erst mal an dieser Stelle. Während Sie nämlich, wie Sie immer betonen, mit beiden Füßen auf dem Grundgesetz stehen - oder eher: rumtrampeln -, halten wir das Grundgesetz geschlossen mit

beiden Händen hoch, denn irgendeiner muss es hier ja tun.

Ihren Antrag lehnen wir deswegen ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Veronika Bode
[CDU]: Jajaja! - Zuruf von der SPD: Absurd! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Jahn. - Als Nächstes hat sich gemeldet: für die Landesregierung Frau Ministerin Wahlmann. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

Dr. Kathrin Wahlmann, Justizministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Vor 80 Jahren war dieses Gebäude eine Ruine inmitten einer Trümmerlandschaft. Ähnlich sah es im ganzen Land aus. So weit sollte es nie wieder kommen. Das war den Vätern und Müttern unseres Grundgesetzes klar, und das war auch das klare Ziel unseres Grundgesetzes. Vier Jahre nach dem Ende der furchtbaren nationalsozialistischen Diktatur verpflichtete sich unser Land für alle Zeiten auf die Werte von Menschenrechten und Frieden.

Heute können wir auf eine beeindruckende Bilanz zurückblicken. Es ist Deutschland gelungen, einen sozialen, liberalen, demokratischen Rechtsstaat auf dem Fundament dieses Grundgesetzes zu bauen. Dieser Rechtsstaat hat seit 75 Jahren allen Herausforderungen standgehalten und seine zeitlose Stärke bewiesen.

Fast noch größer zu bewerten ist die europäische Integrationsleistung. Deutschland, das so oft in blutige Kriege mit seinen Nachbarn verwickelt war, ist heute, im Jahr 2024, von Freunden umzingelt. Wir können von Sevilla bis Dubrovnik, von Neapel bis Stockholm fahren, ohne ein einziges Mal unseren Pass vorzeigen zu müssen. Länder, die über Jahrhunderte erbitterte Feinde waren, bilden heute eine große Familie der Nationen. Diese Erfolge sind etwas, auf das wir zu Recht alle gemeinsam stolz sein können und das man gar nicht hoch genug schätzen kann.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Aber wie so oft im Leben droht der Erfolg seine Kinder zu fressen. Gerade weil die Herrschaft von Frieden und Recht in Deutschland und Europa so selbstverständlich erscheint, drohen viele Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den Augen zu verlieren, dass Freiheit und Demokratie stets aufs Neue verteidigt werden müssen. Dabei ist das, wie die Geschichte zeigt, alles andere als selbstverständlich.

Denn selten wurde das so deutlich wie in den letzten Monaten. Das Schreckgespenst totalitärer Herrschaft zeigt sich nicht nur in Form des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Es ist mitten unter uns, wenn in Deutschland plötzlich laut über „Remigration“ - was für ein furchtbares Wort - nachgedacht wird und Menschen wieder nach ihrer Herkunft und nach ihrer Hautfarbe unterschieden werden sollen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Herr Professor Dr. Dr. Andreas Voßkuhle, hat es treffend auf den Punkt gebracht, indem er gesagt hat:

„Es kann durchaus sein, dass sich unsere westliche Demokratie nur als eine kurze Phase in der Geschichte der Menschheit erweist ... und danach wieder die dunkle Zeit des Totalitarismus zurückkehrt.“

Wer das nicht möchte, sollte sich für unsere Demokratie engagieren.“

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Engagement für unsere Demokratie ist tatsächlich das Gebot der Stunde. Es ist beruhigend, zu sehen, wie viele Menschen dazu bereit sind, wie wehrhaft unsere Demokratie nach wie vor ist. Hunderttausende sind mitten in den kalten Wintermonaten für Demokratie, für Freiheit und Gleichheit auf die Straßen gegangen. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes aufgestanden gegen die Rückkehr rechtsradikaler Umtriebe.

Ganz vorne mit dabei waren viele junge Menschen. Das ist ein ermutigendes Zeichen. Anfang Juni dürfen wir nun gemeinsam mit den Menschen in den übrigen 26 Mitgliedstaaten die Mitglieder des Europäischen Parlaments wählen. Das Europaministerium unterstützt dabei insbesondere über das Europäische Informationszentrum und die Europabüros in den Ämtern für regionale Landesentwicklung eine Vielzahl von Aktivitäten, um die Bürgerinnen und Bürger zu informieren und zu motivieren, zur Wahl zu gehen.

Für die vielen jungen Menschen, die in den letzten Monaten auf die Straßen gegangen sind, ist das ihre erste Wahl. Es ist auch die erste bundesweite Wahl, bei der Menschen bereits ab dem Alter von 16 Jahren ihre Stimme abgeben können. Ich finde, das ist ein schöner Vertrauensbeweis

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN
und vereinzelt bei der CDU)

gegenüber diesen jungen Europäerinnen und Europäern.

Im Namen der Landesregierung bitte ich Sie und die Menschen in unserem Land, und zwar die jungen Erstwählerinnen und Erstwähler genauso wie diejenigen, die schon seit sehr vielen Jahren von der europäischen Friedensordnung und von dem Wohlstand, den Europa uns allen gebracht hat, profitieren: Nutzen Sie Ihre Stimme, gehen Sie wählen - für ein starkes und geeintes Europa! Setzen Sie auch an den Wahlurnen ein klares Zeichen für die Demokratie und für den Frieden!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und
bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin Wahlmann.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Die einbringenden Fraktionen haben für ihren Antrag in der Drucksache 19/4270 neu beantragt, die zweite Beratung und damit die Entscheidung über den Antrag sofort anzuschließen. Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, so verfahren zu wollen. Ich gehe daher von Ihrem Einverständnis aus und sehe auch keinen Widerspruch. Eine weitere Wortmeldung sehe ich nicht.

Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer diesen Antrag also so annehmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen mit breiter Mehrheit so angenommen worden.

(Abgeordnete der SPD, der CDU und
der GRÜNEN verlassen den Plenarsaal)

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 28:
Fragestunde

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus.

Ich erinnere daran, dass sich der Ältestenrat in seiner 14. Sitzung am 31. Januar 2024 darauf verständigt hat, dass ein fraktionsloses Mitglied des Hauses pro Tagungsabschnitt insgesamt eine Zusatzfrage stellen kann und für die Aussprache insgesamt eine Redezeit von einer Minute erhält. Diese Redezeit gilt unabhängig davon, ob die Landesregierung die für sie vorgesehene Redezeit von 15 Minuten einhält.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich Sie, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten, und das auf dem Zettel auch so vermerken und, wenn Sie sich zur anschließenden Aussprache zu Wort melden, auch einen kurzen entsprechenden Vermerk auf dem Zettel hinterlassen.

Wir beginnen mit:

a) **„Muslim Interaktiv“ auf dem Vormarsch: Was unternimmt die Landesregierung, um eine islamische Radikalisierung in Deutschland und Niedersachsen zu verhindern?** - Anfrage der Fraktion der AfD - Drs. 19/4261

Diese Anfrage wird vorgetragen vom Abgeordneten Bothe. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank, sehr geehrter Herr Präsident! Meine wenigen verbliebenen Damen und Herren! Ich verlese die Anfrage für die Fragestunde der AfD-Fraktion.

„Muslim Interaktiv“ auf dem Vormarsch: Was unternimmt die Landesregierung, um eine islamische Radikalisierung in Deutschland und Niedersachsen zu verhindern?

Am 27. April 2024 fand in Hamburg eine Demonstration mit mehr als 1 000 Anhängern der Gruppierung „Muslim Interaktiv“ statt. Auf mitgeführten Plakaten war unter anderem „Kalifat ist die Lösung“ zu lesen. Mit auf der Demonstration skandierten Forderungen wie „Stürzt die Wertediktatur!“ wurde die freiheitlich-demokratische Grundordnung offen infrage gestellt. Die Gruppierung wurde vom Hamburger Verfassungsschutz als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft. In den sozialen Medien verbreitet die Gruppierung unter anderem israelfeindliche Inhalte der bereits im Jahr 2003 mit einem Betätigungsverbot belegten islamistischen Bewegung Hizb ut-Tahrir (HuT).

Um ihre Propaganda einer angeblich von der Auslöschung bedrohten kulturellen Identität von Muslimen in Deutschland und Europa zu verbreiten, nutzt die Gruppierung den öffentlichen Raum und insbesondere soziale Medien. Reden auf Demonstrationen der Gruppierung werden zum Teil direkt auf ihren Kanälen in den sozialen Medien übertragen,

(Doris Schröder-Köpf [SPD]: Das ist ja wie bei der AfD!)

womit gezielt junge Menschen muslimischen Glaubens angesprochen werden. Das birgt Beobachtern zufolge die Gefahr ihrer Radikalisierung.

Bereits im vergangenen Jahr, als in Essen durch Demonstrationen ein Kalifat gefordert worden war, hatte Nordrhein-Westfalens Innenminister Reul Bundesinnenministerin Faeser aufgefordert, ein Verbot von „Muslim Interaktiv“ zu prüfen. Nach der Demonstration in Hamburg forderte Bundesinnenministerin Faeser eine Intensivierung von Abschiebungen nicht deutscher Extremisten.

Ich verlese die Fragen.

1. Sind der Landesregierung Aktivitäten der islamistischen Gruppierung „Muslim Interaktiv“ in Niedersachsen bekannt, und wie wurde auf diese Aktivitäten gegebenenfalls reagiert?

2. Unterstützt die Landesregierung Forderungen unter anderem des nordrhein-westfälischen Innenministers und aus der hamburgischen Landespolitik nach der Prüfung eines Verbots dieser und etwaiger weiterer Gruppierungen, die inhaltlich der islamistischen HuT nahestehen?

3. Kommt die Landesregierung der Aufforderung von Bundesinnenministerin Faeser nach und intensiviert die Abschiebebemühungen über ihre bisherigen Bemühungen hinaus?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Bothe. - Zur Beantwortung der Frage hat sich für die Landesregierung Frau Ministerin Behrens gemeldet. Bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Für die Landesregierung beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu 1: Aktivitäten der Gruppierung „Muslim Interaktiv“ in Niedersachsen sind der Landesregierung nicht bekannt.

Zu 2: Die Zuständigkeit als Verbotsbehörde ergibt sich grundsätzlich aus § 3 Abs. 2 Vereinsgesetz. Danach sind die Länder für Vereine und Teilvereine zuständig, wenn sich deren erkennbare Organisationen und Tätigkeiten auf das Gebiet eines Landes beschränken - § 3 Abs. 2 Nr. 1 des Vereinsgesetzes. Eine Zuständigkeit des Bundes ergibt sich, wenn sich die Organisation oder Tätigkeit des betreffenden Vereins über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt - § 3 Abs. 2 Nr. 2 des Vereinsgesetzes. Die Zuständigkeit für die Prüfung etwaiger Verbote der hier genannten und nicht in Niedersachsen ansässigen Organisationen obliegt daher den jeweils betroffenen Ländern bzw. dem Bund. Eine Zuständigkeit des Landes Niedersachsen ist in den genannten Fällen nicht gegeben.

Im Übrigen prüfen die niedersächsischen Sicherheitsbehörden kontinuierlich, ob die verbotene HuT oder ihr nahestehende Gruppierungen Aktivitäten in Niedersachsen entfalten. Seit dem Verbot des Deutschsprachigen Islamkreis Hildesheim 2017 wurden und werden im Phänomenbereich Islamismus neben einer Vielzahl von eingeleiteten Ermittlungsverfahren und bereits erfolgten Verurteilungen mehrere vom Bundesinnenministerium durchgeführte Vereins- und Betätigungsverbote seitens der Niedersächsischen Landesregierung unterstützt.

Hierzu zählen unter anderem das Verbot mehrerer Hizb Allah naher Spendensammelvereine mit Bezügen nach Stade und Delmenhorst, das Prüfverfahren des Islamischen Zentrums Hamburg und der Salman Farsi Moschee in Langenhagen oder das

Verbot der Hamas mit Bezügen nach Lingen. Dies zeigt deutlich, dass die Gefahren des Islamismus von der Landesregierung sehr ernst genommen werden und eine kontinuierliche Bearbeitung des Islamismus durch die niedersächsischen Sicherheitsbehörden gewährleistet ist.

(Beifall bei der SPD)

Zu 3: Niedersachsen intensiviert seit Jahren die Bemühungen, Rückführungen vollziehbar ausreisepflichtiger Personen konsequent umzusetzen. Dies spiegelt ebenfalls die Rückführungsstatistik des Landes Niedersachsen wider. Im Jahr 2023 konnte die Zahl der Rückführungen von 701 Fällen im Jahr 2022 auf 1 106 gesteigert werden. Die darin enthaltene Zahl der Dublin-Überstellungen stieg 2023 von 195 auf 204 Fälle.

Das MI unterstützt die niedersächsischen Ausländerbehörden regelmäßig mit entsprechenden Hinweisen, Erlassen und in Dienstbesprechungen bei allen rechtlichen und tatsächlichen Aspekten, die Rückführung betreffend. Bei besonders gelagerten Einzelfällen, wie etwa bei schweren Straftaten oder Personen mit Extremismusbezug, begleitet und unterstützt das Land Niedersachsen zudem die niedersächsischen Ausländerbehörden bei der Rückführungsmaßnahme.

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass für eine Verbesserung des Rückführungsvollzuges insgesamt insbesondere die Kooperationsbereitschaft des Herkunftsstaates zwingend erforderlich ist. Rückführungen können nur gelingen, wenn der Herkunftsstaat bereit ist, seine Staatsangehörigen zu identifizieren, die erforderlichen Passersatzpapiere auszustellen, eine Rückkehr zu genehmigen und somit seine völkerrechtliche Verpflichtung zur Rücknahme eigener Staatsangehöriger zu erfüllen. Diese Kooperationsbereitschaft einzufordern, ist originäre Aufgabe des Bundes, die Länder haben hier keine Einflussmöglichkeiten.

Als Landesregierung haben wir wiederholt gegenüber dem Bund deutlich gemacht, dass daher Vereinbarungen mit den Herkunftsländern zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger notwendig sind. Gespräche über entsprechende Vereinbarungen werden durch die Bundesregierung geführt, was wir als Landesregierung sehr befürworten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin Behrens.

Bevor wir zu den Zusatzfragen kommen, darf ich noch auf eine Vereinbarung im Ältestenrat hinweisen: Wir lassen zu, dass hier im Plenarsaal auch durch Kolleginnen und Kollegen Fotos von Kolleginnen und Kollegen der eigenen Fraktion angefertigt werden. Aber bitte keine Fotos von Kolleginnen und Kollegen anderer Fraktionen oder in die Räume hinein! Das wünschen wir vonseiten der Kolleginnen und Kollegen des Hauses nicht.

Wir kommen jetzt zu den Zusatzfragen. Zur ersten Zusatzfrage für die AfD-Fraktion hat sich gemeldet: Herr Kollege Bothe. Bitte schön!

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Vor dem Hintergrund Ihres gerade angesprochenen Betätigungsverbots der sogenannten HuT-Bewegung: Wie erklärt sich die Landesregierung den Umstand, dass die HuT-Bewegung ihre Anhängerzahl seit ihrem Betätigungsverbot in Deutschland und wahrscheinlich auch in Niedersachsen verdoppelt hat? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Bothe, wir sehen ja, was in Hamburg passiert ist. Wir sehen, was in Essen im letzten Sommer und Herbst bei Demonstrationen passiert ist. Wir sehen, dass die HuT auf den sozialen Netzwerken sehr engagiert arbeitet und sie vor allen Dingen junge Menschen anspricht.

Daher ist es sehr gut nachvollziehbar, dass über diese sehr intensive Arbeit in den sozialen Medien leider immer mehr Menschen gewonnen werden. Die Bilder, die wir von der Demonstration in Hamburg gesehen haben, werden ja von islamistischen Extremisten sehr offensiv genutzt, um für ihr Thema zu sensibilisieren und zu werben, womit sie eine gewisse Reichweite erzielen.

Wir sehen, dass alle extremistischen Gruppierungen - unabhängig davon, aus welcher Ecke sie kommen - in den sozialen Netzwerken große Anhängerschaften haben und die Verbreitungsmöglichkeiten nutzen.

Wir sehen auch - das wissen wir aus den Befragungen im Bereich der Jugendlichen -, dass sich vor allem Jugendliche mit migrantischem Hintergrund von diesen Debatten und extremistischen Vorstellungen sehr angesprochen fühlen. Daher ist es sehr wichtig, dass wir an jeder Stelle - auch hier im Parlament, auch außerhalb des Parlaments - über politische Bildung, über gute Jugendarbeit darauf hinweisen, dass Extremismus *kein* Konzept ist, nach dem wir leben wollen, sondern dass wir hier in Deutschland nach anderen Werten leben.

Deswegen treibt die Sicherheitsbehörden die Arbeit gegen Extremismus sehr um. Das gilt aber auch für alle anderen, die zum Beispiel im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung arbeiten, aber auch darüber hinaus.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Als Nächstes hat sich zu einer Zusatzfrage der fraktionslose Kollege gemeldet. Herr Rakicky, bitte schön!

MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Ministerin, ich habe eine Frage: Ist der Landesregierung bekannt, ob die Anhänger oder Mitglieder dieser Muslimbruderschaft Waffen besitzen, womöglich legal? Besteht eine Registrierung in diesem Bereich? - Vielen Dank.

Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Abgeordneter, bei uns gelten ganz normale Bestimmungen und Vorgaben zur Erteilung einer Besitzerlaubnis. Wenn Sie eine Waffe führen möchten, müssen Sie sich bei der zuständigen Waffenbehörde um eine solche Erlaubnis kümmern. Im Rahmen dieser Erlaubniserteilung werden Sie überprüft. Wenn es keine besonderen Gründe gibt, Ihnen das Recht zu versagen, eine Waffe zu führen, dann erhalten Sie dazu die Möglichkeit.

Ich habe Ihnen gerade in meiner Antwort auf die Anfrage der AfD-Fraktion dargestellt, dass wir keine Erkenntnisse über „Muslim Interaktiv“-Aktivitäten in Niedersachsen haben. Wir haben auch keine Erkenntnisse über einzelne Personen, die „Muslim Interaktiv“ hier in Niedersachsen nahestehen. Von daher kann ich Ihre Frage, ob in dem Bereich Waffen legal oder illegal besessen werden, nicht beantworten, sondern wir gehen immer von den Fakten aus, die wir über unsere Sicherheitsbehörden sammeln. In Verdachtsfällen wird in der Abfrage auch immer ein Waffenbesitz abgefragt.

Aber eine abstrakte Frage zu Einzelpersonen, die wir hier nicht kennen, und zu deren Waffenbesitz kann ich Ihnen nicht beantworten.

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Als Nächstes hat sich für eine erste Zusatzfrage der CDU-Fraktion Frau Kollegin Evers gemeldet. Bitte schön!

Lara Evers (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen ergreift sie, um zu verhindern, dass extremistische Organisationen in Deutschland gezielt vom Ausland aus - von ausländischen Akteuren - Geld für extremistische Tätigkeiten erhalten?

Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Frau Abgeordnete, das ist in der Tat eine wichtige Frage, die uns als Sicherheitsbehörden sehr beschäftigt. Deswegen unternehmen wir alles, was in unserer Macht und in unseren rechtlichen Möglichkeiten steht, um den Extremismus natürlich an jeder Stelle zu bekämpfen.

Was das Thema Islamismusprävention angeht, wissen Sie, dass wir mit dem Kompetenzforum Islamismusprävention in Niedersachsen (KIP NI) eine besondere Organisation haben, in die auch alle anderen relevanten Ressorts, also MS, MK und MJ, aber auch der Präventionsrat und weitere Behörden eingebunden sind. Das KIP NI funktioniert quasi als Koordinierungsstelle. Seine Leitung teilen sich der Verfassungsschutz und das LKA. Wir pflegen über die Netzwerke einen sehr intensiven Austausch, in dem wir uns in allen relevanten Fragestellungen eng austauschen, damit wir so breit wie möglich

Prävention, aber auch Erkenntnisse und Ermittlungen in dem Bereich betreiben. Das funktioniert sehr gut.

Die Sicherheitsbehörden sind in einem ständigen Austausch zur Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung von terroristischen und islamistischen Bestrebungen. Das müssen wir konsequent tun.

Sie können mir glauben, dass wir uns aktuell zum Beispiel sehr intensiv auf die Euro 2024 vorbereiten, die in Deutschland stattfindet und zu der wir relativ viele Hinweise durch eine gute Kooperation der Länderpolizeien, der Bundespolizei und der Nachrichtendienste haben, weil wir natürlich davon ausgehen, dass Extremisten aller Gruppierungen diese Euro 2024 nutzen wollen, um hier schlimme Anschläge oder auch andere verwerfliche Taten zu begehen. Das müssen wir mit aller Kraft verhindern.

Das tun wir, indem wir als Sicherheitsbehörden gut aufgestellt sind und indem wir uns vor allen Dingen gut unter Nutzung aller Erkenntnismöglichkeiten, die wir haben, austauschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank. - Für eine zweite Zusatzfrage für die Fraktion der AfD hat sich der Kollege Bothe gemeldet. Bitte schön!

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Vor dem Hintergrund, dass Sie gerade über die Präventionsarbeit in diesem Bereich der Landesregierung sprachen, aber auch in der Beantwortung meiner ersten Frage klar definierten, dass es aktuell einen fortschreitenden Islamismus in Deutschland gerade bei jungen Menschen gibt: Wie erklären Sie sich als Landesregierung den fortschreitenden Islamismus auch in Niedersachsen, der sogar dazu führt, dass zwei Drittel der befragten muslimischen Schüler die Scharia über den deutschen Gesetzen sehen? - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bothe, ich kann Ihnen als Innenministerin ja vor allen Dingen erklären, welche Erkenntnislage wir in den Sicherheitsbehörden haben. Und zu Ihrer Frage, ob die HuT in Niedersachsen aktiv ist, ob es „Muslim Interaktiv“ in Niedersachsen gibt, habe ich Ihnen sehr deutlich gesagt: Dazu liegen uns keine Erkenntnisse vor. Wir gehen nicht davon aus, dass sie hier aktiv sind.

Ich habe Ihnen in der letzten Woche die Zahlen zur Politisch motivierten Kriminalität vorgetragen. Zur Politisch motivierten Kriminalität gehören auch die ausländische und die religiöse Ideologie. Hier nehmen wir wahr, dass die Zahlen stark steigen. Ich nenne sie Ihnen noch einmal sehr gerne: Im Bereich der ausländischen Ideologie gab es einen deutlichen Anstieg von 164 Taten im Vorjahr auf 402 Taten jetzt. Damit haben wir im Zehnjahresvergleich einen neuen Höchststand erreicht. An diesen Zahlen können wir sehen, dass es eine sehr deutliche Verschärfung gibt, was die Taten im Bereich von Extremismus ausländischer und religiöser Ideologie angeht.

Die Ursachenforschung ist eine zweite Frage, der wir uns natürlich auch immer wieder anzunähern versuchen, um nicht nur die Erkenntnisse aus den Statistiken zu haben. Das Ganze hat sicherlich etwas mit dem 7. Oktober letzten Jahres und dem schlimmen Anschlag der Hamas auf Israel zu tun. Daraus haben sich die kriegereischen Konflikte im Gazastreifen entwickelt, und dadurch ist die Debatte in Sachen Palästina und Israel immer intensiver geworden. An den Daten zum Thema Antisemitismus oder auch zu der Versammlungslage, die wir in Deutschland, in Niedersachsen haben, können Sie ja erkennen, wie viele Versammlungen es im letzten halben Jahr von Palästina-Unterstützern und von Israel-Unterstützern gab. Das alles sorgt für eine sehr intensive ideologische Debatte, von der sich offensichtlich junge und alte Menschen aus allen Bereichen angesprochen fühlen. Das ist sicherlich ein Grund, warum wir hier auch mehr Taten sehen.

Aus welcher Motivlage heraus sich einzelne Menschen bestimmten extremistischen Phänomenen zuwenden, ist über die Fragestellung hinaus schwierig zu beantworten. Die religiösen Debatten, die im Nahen Osten gerade geführt werden, aber auch die Lage insgesamt - die Welt ist nun einmal sehr in Unruhe. Es gibt viele Themen, die die Ge-

sellschaft gerade bewegen, und diejenigen, die einfache Antworten zu geben versuchen, sammeln damit immer auch Punkte. Aber die derzeitige Lage in unserer Welt ist nicht durch einfache Antworten zu erklären, erst recht nicht von Extremisten!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank. - Zu der zweiten Zusatzfrage für die Fraktion der CDU hat sich Frau Kollegin Evers gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Lara Evers (CDU):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Reichen nach Einschätzung der Landesregierung die Befugnisse des niedersächsischen Verfassungsschutzes aus, um Extremismus wirksam zu bekämpfen?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, für die Bekämpfung von Extremismus ist es in der Tat wesentlich, dass unser Verfassungsschutz gut aufgestellt ist. Und damit er gut aufgestellt ist, brauchen wir zwei Elemente:

Einmal brauchen wir genügend gut ausgebildete Fachkräfte, die interdisziplinär zusammenarbeiten. Die haben wir im Verfassungsschutz. Die finden wir auch immer wieder, und wir werden auch weiterhin an einem Personalaufbau arbeiten.

Das zweite Element ist eine gute rechtliche Grundlage, um Erkenntnisse sammeln, Ermittlungen vornehmen und natürlich die Phänomenbereiche, die wir für problematisch halten, gut beobachten zu können. Unser Verfassungsschutzgesetz bietet einige Möglichkeiten, die andere Bundesländern haben, nicht. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir in bestimmten Bereichen mehr Möglichkeiten für den Verfassungsschutz brauchen. Das ist übrigens auch Bestandteil des Koalitionsvertrags von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Deswegen werde ich Ihnen - das ist jedenfalls mein Vorhaben - noch in diesem Jahr einen Vorschlag für eine Novelle des Verfassungsschutzgesetzes vorlegen. Ich hoffe auf eine sehr intensive und gute Debatte in diesem Landtag, damit wir den Verfassungsschutz immer auf der Höhe der Zeit haben, um mit Phänomenbereichen und Extremismus auch umgehen zu können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen für Zusatzfragen liegen mir nicht vor. Damit eröffne ich die Aussprache zu dieser Fragestunde.

Die Landesregierung hat ihre Redezeit nicht überschritten. Insofern verbleiben Ihnen für die Aussprache die wie üblich vorgesehenen vier Minuten.

Als Erstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der AfD Herr Kollege Bothe. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Stephan Bothe (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, nichts Genaues weiß man nicht. Es ist schon erstaunlich, dass der Verfassungsschutz in NRW, der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein und der Verfassungsschutz in Hamburg in ihren Ländern HuT-Anhänger identifiziert haben, aber in Niedersachsen keine vorhanden sein sollen. Ich persönlich glaube, da muss sich Ihr Verfassungsschutz noch wesentlich besser aufstellen. Vielleicht sollten Sie mal ein paar Mitarbeiter aus gewissen Sektoren abziehen und sich um die wirklichen Probleme kümmern, beispielsweise um den Islamismus hier in Niedersachsen.

(Beifall bei der AfD)

Denn, meine Damen und Herren, die Lage ist dramatisch: Am 27. April dieses Jahres demonstrierten in Hamburg rund 1 000 Anhänger der Gruppierung „Muslim Interaktiv“ und forderten die Einrichtung eines islamistischen Kalifats mit der Scharia als rechtlicher Grundlage einer neuen Staatsform in Deutschland. Sie verbreiteten dabei Hass gegen Israel, stilisierten Muslime als Opfer westlicher Demokratien.

Dass eine solche Gruppierung unbehelligt durch eine deutsche Stadt ziehen und für ihre gleichermaßen unverschämten wie staatsgefährdenden Forderungen demonstrieren kann, ist das Ergebnis des jahrelangen Wegsehens, der Verharmlosung und des Bestreitens der gescheiterten Integration vieler muslimischer Einwanderer und deren in Deutschland geborener Folgegeneration, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Djena-bou Diallo-Hartmann [GRÜNE])

Auch wenn bei der weiteren Kundgebung dieser Gruppierung letzten Samstag, am 11. Mai, Forderungen nach der Einrichtung eines Kalifats oder die Leugnung des Existenzrechts Israels aufgrund entsprechender behördlicher Auflagen diesmal nicht offen, sondern nur verklausuliert zu hören waren, so war auch diese Versammlung eine Machtdemonstration und nichts anderes. Darüber kann auch Hamburgs SPD-Innensenator Andy Grote mit seiner unglaubwürdig zur Schau getragenen Empörung nicht hinwegtäuschen. Zumindest der Versuch eines Verbots dieser Demonstration wäre die einzige glaubwürdige Maßnahme in diesem Bereich gewesen.

Aber, meine Damen und Herren, werte Kollegen, die Aktivitäten von „Muslim Interaktiv“ und dessen Anführer Joe Adade Boateng zeigen einen ganz anderen Aspekt in der Migrationsdebatte in Deutschland. Herr Boateng kommt aus Hamburg. Er studiert dort auf Lehramt. Er hat anscheinend alle Bildungseinrichtungen dieses Staates erfolgreich durchlaufen. Er wirkt intelligent und eloquent im Auftreten.

Herr Boateng und auch seine Mitstreiter müssten nach Ihrer allgemeinen Integrationstheorie komplett integriert sein und zur Elite dieses Landes gehören

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Sie sind nicht integriert!)

und sich für diesen Staat, für das Gemeinwohl und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzen. Meine Damen und Herren, sie tun dies aber nicht! Nein, sie wollen vielmehr unseren Staat und unsere freiheitliche Gesellschaft abschaffen und ein ISIS-Kalifat in Deutschland errichten.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das bedeutet, sie wollen auf deutschem Boden einen muslimischen Gottesstaat, in dem Frauen die Burka übergezogen und Ungläubigen der Kopf abgeschlagen wird, nach ihrem syrisch-irakischen

Vorbild. Und das mitten unter uns, meine Damen und Herren. Das kann doch nicht wahr sein!

(Beifall bei der AfD)

Aber es ist nicht nur erschreckend, sondern es zeigt auch das ganze Scheitern der Migrationspolitik der letzten Jahrzehnte in Deutschland und vor allen Dingen die gescheiterte Integration muslimischer Bevölkerungsschichten.

Es müsste also jetzt dringend auf allen staatlichen Ebenen gehandelt werden. Aber was passiert hier in Niedersachsen? - Der Landtag in seiner Weisheit lehnt am gestrigen Abend die Einrichtung einer Enquetekommission ab. Und in Deutschland? - Frau Nancy Faeser, unsere Bundesankündigungsministerin, erzählt zwar einen von der ganzen Härte des Rechtsstaats, aber die „Muslim Interaktiv“-Aktivisten laufen immer noch durch Hamburg, und es sind weitere Aktivitäten in anderen Städten Deutschlands geplant.

Meine Damen und Herren, wenn dieser Staat jetzt nicht handelt, dann kann das massive Konsequenzen für die gesamte deutsche Gesellschaft haben. Wir fordern die Landesregierung und Sie, Frau Ministerin, auf, dass Sie sich massiv für ein Verbot von „Muslim Interaktiv“ auf Bundesebene einsetzen, bevor wir auch in Niedersachsen solche Demonstrationen auf unseren Straßen haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Bothe. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der SPD Herr Kollege Zinke. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sebastian Zinke (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bilder, die wir in den letzten Wochen beispielsweise aus Hamburg wahrnehmen mussten, sind für uns Demokratinnen und Demokraten kaum erträglich. Dort wird offen die Abschaffung unseres freien Staates, des Grundgesetzes und unserer Grundrechte, die wir hier heute Morgen noch gefeiert haben, gefordert. Auch wenn diese Versammlungen vom Grundsatz her von der Versammlungsfreiheit geduldet sind, muss es unser Anspruch als Demokratinnen und Demokraten sein, solchen

Hass auf unseren Straßen zukünftig nicht mehr ertragen zu müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deshalb ist eine Verbotsdiskussion auch genau die richtige Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Die Antworten in der Fragestunde haben, finde ich, zwei Dinge gezeigt: erstens, dass wir von solchen Vorkommnissen in Niedersachsen derzeit nicht betroffen sind, dass es sich hierbei derzeit also nicht um eine niedersächsische Angelegenheit handelt, sondern dass diejenigen handeln müssen, bei denen diese Phänomene vermehrt auftreten, und zweitens, dass unsere Sicherheitsbehörden - damit ist insbesondere der niedersächsische Verfassungsschutz gemeint - Extremistinnen und Extremisten fest im Blick haben. Und das gilt auch für Islamisten, meine Damen und Herren.

Die gute Nachricht ist also: Dieses Land ist für seine Bürgerinnen und Bürger sicher. Wir haben in Niedersachsen einen gut aufgestellten Sicherheitsapparat, der sich genau dieser Phänomene annimmt.

(Christian Calderone [CDU]: Das sagen Sie mal den jüdischen Mitbürgern!)

Der Versuch der AfD - das haben wir ja gerade auch im Abschlussstatement gehört -, allgemein Angst vor Menschen mit muslimischem Glauben zu schüren, geht hier an dieser Stelle fehl, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Die Frage bleibt natürlich: Wie kann es eigentlich sein, dass Männer - es sind ja insbesondere Männer -, die in unserem Land die Vorzüge unseres freiheitlichen Gemeinwesens genossen haben bzw. genießen, genau diese Freiheiten nun abschaffen wollen und dies offen mit wehenden Fahnen auf unseren Straßen fordern, die quasi ins Mittelalter zurückwollen. Diese Frage wird derzeit an vielen Stellen diskutiert. Ich will nicht darauf eingehen. Dafür reicht die Redezeit an dieser Stelle gar nicht.

Aber ich finde, wir müssen an dieser Stelle eines festhalten, weil es natürlich auch einen Hintergrund hat, dass diese Kleine Anfrage für die Fragestunde gestellt wird: 6,5 % unserer Bevölkerung sind muslimischen Glaubens. Musliminnen und Muslime gehören also zu unserem Land, gehören zu Deutschland. Und damit gehört der Islam zu Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren. Christian

Wulff, der diesen Satz geprägt hat, war heute Morgen hier unter uns.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es muss daher in unser aller Interesse sein, dass sich ein moderner, ein freier, ein friedlicher Islam entwickelt und dieser fester Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens ist. Dazu müssen wir den extremistischen Islamismus, wie wir ihn beispielsweise in Hamburg in der Öffentlichkeit beobachten konnten, bekämpfen und gleichzeitig für echte Chancengleichheit in allen Teilen unserer Gesellschaft sorgen. Bei Ersterem - das haben wir heute Morgen in den Antworten der Ministerin gehört - sind wir auf einem sehr guten Weg und gut aufgestellt. Bei Letzterem, glaube ich - das gehört zur Wahrheit dazu -, gibt es noch ein ganzes Stück Luft nach oben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Zinke. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Lühmann. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Michael Lühmann (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleg*innen! Mit der Anfrage machen wir leider so ein bisschen dort weiter, wo wir gestern aufgehört haben. Erneut thematisieren Sie den Extremismus der anderen, während Sie den Extremismus in den eigenen Reihen wieder nicht sehen wollen, sondern mit einem bunten Blumenstrauß an falschen Fährten weit von sich weisen.

Verstehen Sie mich da nicht falsch - ich glaube, die Landesregierung und mein Vorredner Sebastian Zinke haben dazu sehr klar gesprochen; dem schließe ich mich vollumfänglich an -: Die Rufe nach einem Kalifatstaat können wir natürlich nicht ignorieren. Aber das tut meines Erachtens auch niemand. Und da braucht es keinen rechtsextremen Verdachtsfall, der uns erklärt, dass wir Demokrat*innen daran erinnert werden müssen, dass wir natürlich gegen alle Anfeindungen der Demokratie und der Menschenwürde aktiv sein müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber schauen wir noch einmal auf die Ähnlichkeiten: Wer mit stadtbekanntem Neonazis und Identitäten-nahen Kadern in Braunschweig aufmarschiert wie MdL Ihrer Fraktion, durch eine deutsche Stadt zieht - das war ein Zitat von Ihnen -, der sollte sich mal allen Bedeutungsebenen des schönen Satzes widmen: Wenn man mit dem Finger auf andere zeigt, zeigt man mit drei Fingern auf sich selbst.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Das ist ja deren DNA!)

Ich habe das hier schon mal vorgetragen und tue es erneut: Der islamistische Extremismus und der Rechtsextremismus sind im Hinblick auf ihre Gegnerschaft zur Menschenwürde und freiheitlich-demokratischen Grundordnung Brüder im Geiste.

(Stöhnen bei der AfD)

- Da müssen Sie gar nicht stöhnen. Ich stöhne hier auch manchmal.

Welche Gefahr davon ausgehen kann, hat die Recherche des NDR gerade erst gezeigt. Tötungsfantasien - die im Umfeld Ihrer Fraktion geäußert werden - waren sehr oft eine Vorstufe zu rechtsterroristischen Attentaten. Wir müssen das schon komplett sehen. Vor den Attentaten in Christchurch, Utoya, Halle und auf Walter Lübcke standen ähnliche Gewaltfantasien wie jene, die auch in Ihrem Mitarbeiterstab kursieren. Und sich hier am Mittwoch ins Plenum zu stellen und Spitzfindigkeiten vorzutragen, statt sich zu solch massiven Vorwürfen zu äußern, Herr Wichmann, das lassen wir Ihnen ebenso wenig durchgehen wie den durchgängigen Versuch, mit solchen Fragestunden von sich abzulenken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und denken Sie doch mal konsequent zu Ende, was Sie hier zu Papier gebracht haben! Auslöschung kultureller Identität, der Kampf um die Straße, die Nutzung sozialer Medien, um junge Menschen zu radikalieren - da sind Sie doch keinen Deut besser als die Islamisten, die Sie hier verurteilen und die Sie auch zu Recht verurteilen!

(Omid Najafi [AfD] lacht)

Aber Sie machen genau das Gleiche, exakt das Gleiche! Dabei zeigen Sie leider nicht nur mit drei Fingern auf sich selbst, sondern mit allen, die Sie zur Verfügung haben. Und vorneweg ein Spitzenkandidat bei der Europawahl, bei dem man nie so

ganz genau weiß, aus welchem autoritären System gerade Geld, Reichweite und Anweisungen kommen! Es ist schon ein bisschen lustig, dass Sie als AfD-Fraktion heute bei Twitter posten: Bargeld ist Freiheit wider die totale Überwachung. - An Ihrer Stelle würde ich das auch fordern, weil man sonst sieht, wo das Geld herkommt.

(Wiard Siebels [SPD]: Aus Russland!)

Aber das ist schon auch ein bisschen traurig.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der CDU)

Das Thema, das Sie hier vortragen, kommt ja aus Ihrer Bundestagsfraktion. Wir wissen halt, dass in Ihrer Bundestagsfraktion Leute sitzen, die Geld aus Russland bekommen, die Geld aus China bekommen, die Direktiven aus China bekommen, die Direktiven aus dem Kreml bekommen und die auch noch Direktiven von rechtsextremen Österreichern bekommen.

(Klaus Wichmann [AfD]: Das ist Vorverurteilung!)

Da muss man schon ein bisschen sortieren. Es ist halt schwierig für uns, das nachzuvollziehen. Sie können das ja gerne transparent machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Wiard Siebels [SPD]: So ist es! Genau so!)

Um noch einmal zum Thema zurückzukommen: Natürlich müssen wir es ernst nehmen, wenn Extremist*innen nahtlos an die Vier-Säulen-Strategie der NPD andocken und die Menschenwürde und das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip infrage stellen. Auch da gebe ich Sebastian Zinke recht: Da ist die Verbotsdebatte immer die richtige Debatte. Wenn man so scharf gegen das Grundgesetz vorgeht, wenn man so scharf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung agiert, dann müssen wir über ein Verbot reden. Aber auch da zeigen Sie tatsächlich mit allen Fingern, die Sie zur Verfügung haben, immer auch auf sich.

Aber danke, dass Sie uns hier mit dieser Fragestunde behelligt haben, die, wie es die Landesregierung beantwortet hat, mit Niedersachsen nichts zu tun hat. Unsere Sicherheitsbehörden arbeiten ordentlich. Sie brauchen wir dazu aber nicht.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Lühmann. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Evers. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)0

Lara Evers (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dieser Fragestunde geht es um ein grundlegendes Thema: den Schutz und die Zukunft unserer Demokratie.

Mit den Demonstrationen in Hamburg hat die Gruppierung „Muslim Interaktiv“, die dem Umfeld der islamistisch-extremistischen Organisation Hizb ut-Tahrir zugerechnet wird, endgültig ihr wahres Gesicht gezeigt. Sie hat offen Symbole verbotener Organisationen gezeigt, die Scharia gefordert, die Einrichtung eines Kalifats propagiert - und damit letztlich die Abschaffung unserer freiheitlichen Demokratie.

Ein Kalifat, in dem die Scharia die Grundlage des Rechts bildet und freiheitliche Grundrechte außer Kraft gesetzt sind, steht in direktem Widerspruch zu unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Wenn so etwas gefordert wird, ist das ein Schlag ins Gesicht aller, die täglich für die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung eintreten.

(Beifall bei der CDU)

Das können und dürfen Staat und Gesellschaft nicht tolerieren.

Natürlich kann man auf die Meinungsfreiheit verweisen, die ohne Zweifel ein sehr hohes Gut darstellt. Doch sie findet ihre Grenzen an unserer Verfassung. Wenn Gruppen offen unsere Verfassung angreifen und durch ein System ersetzen wollen, das unsere Grundrechte missachtet, dann müssen wir entschlossen handeln.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Demonstrationen finden zwar vornehmlich in Hamburg statt, es handelt sich aber trotzdem nicht nur um ein lokales Problem. Denn gerade in den Weiten des Internets sind Islamisten sehr umtriebig und werben um ihre junge Anhängerschaft. Auf den sozialen Plattformen werden gezielt Jugendliche angesprochen und radikalisiert.

Diese Aktivitäten sind brandgefährlich und besorgniserregend. Aber es ist ebenso besorgniserregend, zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass die verantwortliche Politik in Hamburg, aber auch in Berlin nicht entschlossen genug handelt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Die rot-grüne Regierungskoalition in Hamburg hat einen CDU-Antrag abgelehnt, der das längst überfällige Verbot von „Muslim Interaktiv“ durch das Bundesinnenministerium fordert, und das, obwohl der Verfassungsschutz Hamburg diese als gesichert extremistisch einstuft. Die Bundesinnenministerin Frau Faeser hat Anfang des Jahres angekündigt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Finanzströme extremistischer Organisationen offen und trockenlegen soll. Wo bleibt dieser Gesetzentwurf?

Und ich frage Sie, sehr geehrte Frau Ministerin Behrens: Wo bleibt Ihr bereits angekündigtes Gesetz zur Wiederbelebung des Verfassungsschutzes in Niedersachsen?

(Sebastian Zinke [SPD]: Der Verfassungsschutz lebt!)

Ich darf daran erinnern, dass Rot-Grün 2016 dem Verfassungsschutz nachrichtendienstliche Mittel wie die Wohnraumüberwachung entzogen hat. Sie haben den Verfassungsschutz zur Handlungsunfähigkeit verdammt und stellen nun fest: Das war ein Fehler. Aber Sie machen einen weiteren Fehler, wenn insbesondere die Grünen meinen, wir brauchen einen starken Verfassungsschutz, weil die größte Gefahr vom Rechtsextremismus ausgehe.

(Michael Lühmann [GRÜNE]: Das sagt der Verfassungsschutz selbst!)

Nein, kommen Sie endlich zur Vernunft! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass auch der politische Islam, der religiös motivierte Islamismus, eine große Gefahr für unsere Demokratie darstellt.

(Beifall bei der CDU - Michael Lühmann [GRÜNE]: Wo ist das bestritten worden?)

Meine Damen und Herren, es reicht nicht, sich öffentlich besorgt zu zeigen, wie es Bundesinnenministerin Nancy Faeser tut. Es besteht akuter Handlungsbedarf, um die verfassungsfeindlichen Bestrebungen von „Muslim Interaktiv“ zu unterbinden, um allen Verfassungsfeinden unserer Demokratie entschlossen die Stirn zu bieten.

Wir alle sprechen immer von einer wehrhaften Demokratie. Aber diese kommt nicht zum Nulltarif, dafür gilt es etwas zu tun. Sorgen Sie, sehr geehrte Frau Ministerin Behrens, dafür, dass die Sicherheitsbehörden in Niedersachsen endlich gestärkt werden! Geben Sie dem Verfassungsschutz endlich die Mittel an die Hand, die er braucht, um Extremisten und Verfassungsfeinde wirklich zu bekämpfen! Es ist höchste Zeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Evers. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: der fraktionslose Kollege Herr Rakicky. Sie haben eine Minute.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Jetzt bewirbt er sich wieder um die Aufnahme in die AfD!)

MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Die Muslimbruderschaft, „Muslim Interaktiv“ sowie alle Islamisten wollen unsere Verfassung und unser politisches System verändern und in ein Kalifat umwandeln. Deswegen muss ich mit ziemlicher Bestürzung feststellen, dass in dieser ernsten Fragestunde kaum eine Frage durch die Frau Ministerin klar und deutlich beantwortet worden ist.

(Sebastian Zinke [SPD]: Dann müssen Sie mal zuhören!)

Diese Fragen wurden wortreich umschifft, nach dem Motto: Wir haben ja keine Kenntnis, bei uns ist alles in Ordnung, heile Welt. - Das finde ich ein bisschen zu wenig.

Zweitens: Dass die linken Parteien - vor allem die Grünen, die zum Teil Unterstützung für die Antifa leisten, die in Teilen sehr gewalttätig ist - diese Fragestunde dazu nutzen, um Attacken gegen die AfD zu produzieren, ist sehr traurig. Das heißt, Sie verkennen dieses Problem absolut und drehen es um.

(Sebastian Zinke [SPD]: Das ist kein Entweder - oder! Wir beobachten alle Formen von Extremismus!)

Sie tolerieren das, und das ist schade. Das dient unserer Demokratie nicht.

Vielen Dank.

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Rakicky.

Weitere Wortmeldungen zur Aussprache zu dieser Frage liegen nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bevor wir zur nächsten Anfrage - der SPD - kommen, nehmen wir einen Wechsel in der Sitzungsleitung vor. Deswegen darf ich um einen Moment Geduld bitten.

(Vizepräsidentin Sabine Tippelt übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

So, wir behandeln jetzt:

b) Wissenschaftsstandort Niedersachsen - wie wird sich die Forschungslandschaft weiterentwickeln? - Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 19/4262

Die Anfrage wird vorgetragen von Herrn Penno, SPD-Fraktion. Bitte! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Sebastian Penno (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die SPD-Fraktion darf ich folgende Anfrage verlesen:

„Wissenschaftsstandort Niedersachsen - wie wird sich die Forschungslandschaft weiterentwickeln?“

Die niedersächsische Forschungslandschaft ist divers, multidisziplinär und genießt eine hervorragende Reputation sowohl national als auch international. Mit den Mitteln aus zukunfts.niedersachsen werden Maßnahmen gefördert, die Grundlagen- und Exzellenzforschung gleichsam ermöglichen. Durch den Börsengang der Porsche AG im vergangenen Jahr konnte zudem ein einzigartiges Förderprogramm für Niedersachsen aufgesetzt werden, welches die Schwerpunkte Exzellenz, Digitalität und Transformation gezielt in den nächsten fünf bis zehn Jahren fördert.

1. Wie sieht die Gestaltung der Themenschwerpunkte aus, die das Land Niedersachsen im Bereich der Forschungsförderung mit dem Förderprogramm zukunft.niedersachsen derzeit umsetzt?

2. Wie können die niedersächsische Forschung und deren Einrichtungen die Lebensrealität von Niedersächsinen und Niedersachsen positiv verändern?

3. Vor dem Hintergrund, dass die niedersächsische Forschung eine hervorragende internationale Reputation genießt: Wie sollen die Schwerpunkte in der internationalen Forschungszusammenarbeit in der Zukunft aussehen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Penno. - Zur Antwort hat sich unser Wissenschaftsminister Falko Mohrs aufgemacht.

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine wesentliche Aufgabe von Wissenschaft ist das Streben nach Erkenntnis. Damit ist sie Grundlage für faktenbasierte Diskussion - möge es manchem, auch hier, auch noch so schwerfallen.

Zur Ausrichtung, die wir mit unserer Wissenschaftsförderung in Niedersachsen verfolgen: Wir entwickeln das Gesamtsystem als solches weiter, sowohl was die Hochschulen als auch was die außeruniversitäre Forschung betrifft. Und Sie haben völlig recht: Es ist ein wirklich stark aufgestelltes Wissenschaftssystem in Niedersachsen.

Wir wollen dann - das sprechen Sie an; damit komme ich zu Ihren konkreten Fragen - die Schwerpunkte, die sich im Moment vor allem im Mittelpunkt einer Veränderung darstellen, strategisch und sehr systematisch weiterentwickeln. Denn es ist unsere Überzeugung, dass wir zur Bewältigung dieser Herausforderungen, dieser Veränderungen Wissenschaft brauchen, und wir begreifen Zukunft als Gestaltungsaufgabe. Zukunft wird sowieso passieren, aber wie sie kommt, das liegt wesentlich an der Wissenschaft.

Deswegen haben wir den Aspekt „Transformation“, also Veränderungen - welche Dinge verändern

sich? -, gerade die, die im Kerninteresse des Landes Niedersachsen sind, in den nächsten Jahren in den Mittelpunkt gestellt. Dazu gehören - ich betone es immer wieder - natürlich vor allem die Stärken Niedersachsens in der Industrie, der Energie oder auch der Agrarwirtschaft, aber genauso die Lebenswissenschaften, insbesondere die Medizin. Vieles davon ist schon mitten im Wandel. Aber diese Bereiche haben vor allem gemein, dass es dort in den nächsten Jahren wesentlich anders aussehen wird.

Es sind genau diese Themengebiete, in die wir deswegen sehr strategisch investieren - vor allem mit unserem Forschungsprogramm zukunft.niedersachsen. Das ist das größte Programm, das wir in der Geschichte des Landes Niedersachsen bisher aufgelegt haben. Wir investieren damit sowohl in die Breite als auch in die Exzellenz der Hochschulen und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Sie sind gut vernetzt, nach innen wie nach außen - Sie haben es angesprochen. Wir unterstützen europäische und internationale Kooperationen sowohl auf der Ebene von Forschungsvorhaben als auch in der ganz konkreten Umsetzung und Anbahnung solcher Vorhaben.

Wir haben in Abstimmung mit unseren Hochschulen gerade in Bezug auf den Aspekt der Internationalität - der im Wesentlichen Ihre dritte Frage betrifft - die Ausarbeitung eines Internationalisierungsmoduls betrachtet, um auch hier in Kooperation, in Verankerung mit zukunft.niedersachsen einen weiteren Impuls zu setzen. Insofern sind wir der festen Überzeugung, dass wir das, was Wissenschaft leisten kann und was Wissenschaft für die Verbesserung der Menschen hier in Niedersachsen leistet, mit diesem Forschungsvorhaben, mit diesem Forschungsprogramm sehr gezielt und strategisch weiterentwickeln können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Die erste Zusatzfrage kommt von der SPD-Fraktion, vom Abgeordneten Herrn Penno.

Sebastian Penno (SPD):

Frau Präsidentin! Wir fragen: Welche konkreten anwendungsbezogenen Forschungsprojekte werden im Bereich der Lebenswissenschaften, insbesondere bei seltenen Erkrankungen, gefördert?

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Minister!

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, vielen Dank. Wir haben in der Tat auch ein Programm aufgelegt, das sich insbesondere um die seltenen Erkrankungen und das Forschungsvorhaben dazu kümmert. Wir sehen, dass wir gerade in dem Bereich der individuellen Risiken und individuellen Gründe für diese Erkrankungen auf der Grundlage von künstlicher Intelligenz und auch fortschreitendem Wissen in diesem Bereich die Möglichkeit haben, uns der Aufklärung, der Forschung und der Beantwortung der Fragen, die diese Erkrankungen aufwerfen, neu zu widmen.

Deswegen haben wir für insgesamt 25 Millionen Euro ein Forschungsprogramm zur Erforschung seltener Erkrankungen und für individualisierte Medizin aufgelegt und setzen dort einen deutlichen Schwerpunkt in der Zusammenarbeit und Stärkung unserer medizinischen Hochschulen.

Ein weiterer Bereich, den wir dort fördern, betrifft den Aspekt der Versorgungsforschung. Wir meinen, dass gerade im sozialmedizinischen Bereich eine ganze Menge zu tun ist. Wir sehen an der Antragstellung aus allen unseren drei medizinischen Standorten in Göttingen, Hannover und Oldenburg, dass die Nachfrage, der Wunsch, in diesem Bereich zu forschen, sehr, sehr groß ist. Insofern sind wir sehr selbstbewusst, dass das, was wir hier vorantreiben, wirklich ein gutes und für die Menschen in Niedersachsen sehr wichtiges Projekt ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Zusatzfrage kommt von der AfD-Fraktion. Frau Schülke!

(Beifall bei der AfD)

Jessica Schülke (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Minister Mohrs, welche inhaltliche Ausgestaltung hat das neue Projekt mit dem Titel „Niedersachsen-Impuls-Professur“, welches mit 15 Millionen Euro bedacht wird? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Minister!

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Frau Schülke, es geht dabei - so kann man das sagen - um die Fortsetzung des Programms „Kluge Köpfe für Niedersachsen gewinnen!“. Im Kern geht es um das Thema „Holen und Halten“, das Ihnen vielleicht schon begegnet ist.

Das heißt, wir sind, indem wir dort investieren, auf der einen Seite bestrebt, insbesondere die Professorinnen und Professoren, die wesentlich profilbildend an den Hochschulen sind und die von anderen Hochschulen abgeworben werden könnten, durch eine Unterstützung im Bereich Forschungsinfrastruktur zu überzeugen, hier bei uns in Niedersachsen zu bleiben. Auf der anderen Seite - das sehen wir sehr massiv bei der Medizinischen Hochschule Hannover, wo in den letzten Monaten ein großer Generationenwechsel sehr erfolgreich vorangetrieben wird - unterstützt dieses Programm sehr massiv in der Frage, wie wir es schaffen, Professorinnen und Professoren nach Niedersachsen zu bekommen.

Von daher gelingt es uns damit, kluge Köpfe nach Niedersachsen zu holen. Das ist damit ein wesentlicher Beitrag für die Stärkung unserer Forschungslandschaft.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Zusatzfrage kommt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Schneider, bitte!

Pippa Schneider (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne fragen, inwiefern die Forschungsförderung konkrete Vorhaben und Projekte in den Bereichen der Energiewende und der Kreislaufwirtschaft unterstützt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Minister!

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete Schneider, ich möchte zwei Beispiele herausgreifen.

Das eine ist im Bereich der Energieforschung vor allem der Bereich der Solarenergie. Es ist ein strategisches Ziel, das wir als Landesregierung insgesamt verfolgen, sowohl die Innovation, das Know-how, als auch, im besten Fall, die Produktion von Solarenergiezellen hier in Niedersachsen zu halten.

Wir haben in einer Größenordnung von in Summe 22 Millionen Euro zum Beispiel das Institut für Solarforschung in Hameln mit unterstützt. Man kann fast sagen, dass es keine Solarzelle in der Welt gibt, in der nicht Wissen aus Hameln steckt und Niedersachsen nicht präsent wäre.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das zeigt, welche Bedeutung das hat. Grüße gehen an der Stelle offensichtlich nach Hameln.

Zum Thema Kreislaufwirtschaft möchte ich mit der Open Hybrid LabFactory, die in Wolfsburg in Kooperation von TU Clausthal, TU Braunschweig, Ostfalia Hochschule sowie Fraunhofer aufgebaut und jetzt mit einem neuen Profil verstetigt wurde, ein aktuelles Thema aufgreifen. Sie liefert insbesondere in der Frage der Kreislaufwirtschaft in industriellen Prozessen und Produktionen und zum Material wichtige Impulse.

Wir machen im Windbereich eine ganze Menge mehr - ich könnte das fortsetzen. Aber das sind zwei konkrete Beispiele.

Danke sehr.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Zusatzfrage kommt von der CDU-Fraktion. Frau Lutz, bitte!

(Beifall bei der CDU)

Cindy Lutz (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Mohrs, wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Fördermittel aus der Sonderdividende wirksam auf die von der Landesregie-

rung gewählten Entwicklungsschwerpunkte Transformation, Digitalität und Spitzenforschung einzahlen?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Minister!

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Frau Abgeordnete Lutz, indem wir die Schwerpunkte unserer Programme genau danach ausrichten.

Im Bereich Digitalität, zu dem ich bisher noch nicht so viel gesagt habe, werden Querschnittsthemen wie künstliche Intelligenz, die ich eben schon angesprochen habe, aufgenommen. Da sind wir besonders mit der Dachinitiative „Hochschule.digital Niedersachsen“ aktiv. Hierbei geht es im Wesentlichen um Fragen der Forschungsdateninfrastruktur, um sowohl Forschungsdaten aus Niedersachsen besser nutzbar zu machen als auch die Nutzung von Forschungsdaten insgesamt voranzutreiben.

Es geht auch um die digitale Ausstattung von Hochschulen. Es geht um Cyberresilienz, also Stärkung und Härtung der Systeme. All das sind Themen, die wir vorantreiben.

Im Bereich der Spitzenforschung unterstützen wir beispielsweise die Wissenschaftsräume, also die themenbezogene Kooperation von Hochschulen mit der außeruniversitären Forschung.

Ich habe eben einige inhaltliche Programme beschrieben, die wir vorantreiben, um in den Transformationsbereichen voranzukommen. Ich kann vielleicht noch ein Beispiel aus dem Bereich Industrie/Automobilität bringen. Gerade das Thema Batterieforschung ist ja an anderer Stelle in intensiver Diskussion. Das Land Niedersachsen macht hier einen Schritt nach vorne und nicht zurück. Das zeigt, wie wir hier gezielt vorgehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Zusatzfrage kommt wieder aus der CDU-Fraktion. Frau Lutz, bitte!

(Beifall bei der CDU)

Cindy Lutz (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich frage die Landesregierung: Herr Mohrs, wie soll die Weiterführung der neuen erfolgversprechenden Forschungsprojekte nach der einmaligen Sonderzahlung sichergestellt werden?

(Beifall bei der CDU)

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete Lutz, schon die reguläre Dividende war in den letzten Jahren sehr hoch und hat uns eine ganze Menge ermöglicht. Dessen sind wir uns sehr bewusst. Die Sonderdividende soll über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren Wirkung erzielen. Wir können die Ausgaben über rund fünf Jahre strecken, ohne die Gemeinnützigkeit der Stiftung zu gefährden.

Insofern wollen wir jetzt Veränderungen herbeiführen, um hinterher anders und besser aufgestellt zu sein. Das heißt, wir wollen den Zeitraum des zusätzlichen Geldes vor allem nutzen, um diese Veränderungsenergie - so nenne ich es jetzt mal - in Forschungsinfrastrukturen zu investieren und strategische Aspekte voranzubringen. Weil uns klar ist, dass uns die Mittel nicht auf Dauer in dieser Höhe zur Verfügung stehen, wollen wir sie jetzt gezielt nutzen, damit die Forschungslandschaft in Niedersachsen hinterher noch stärker und besser sein wird, als sie ohnehin schon ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage kommt aus der SPD-Fraktion. Herr Penno, bitte!

(Beifall bei der SPD)

Sebastian Penno (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Mohrs, welche Rolle spielt die soziale Transformation in der ökologischen und ökonomischen Transformation in der aktuellen Forschung und Politik?

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Minister, bitte!

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Auch hier greife ich einzelne Aspekte heraus, um nicht das ganze Themenspektrum abzuarbeiten.

Ein Beispiel sind die Klima-Labore, bei denen die TU Braunschweig federführend auch bei den Ausschreibungen ist. Ein Thema dabei ist die wissenschaftliche Begleitung notwendiger Veränderungen und der Schaffung neuer Strukturen, zum Beispiel im Hinblick auf Städte und städtische Regionen, die sich im Zuge des Klimawandels aufheizen. Auch zu anderen Themen an der Schnittstelle zwischen naturwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fragestellungen - Stichwort „Wald“ - treiben wir die Transformationsforschung voran.

Auch im wesentlichen Bereich der Bildungsforschung sind wir sehr aktiv. Wir haben jetzt einen neuen Schwerpunkt auf die empirische Bildungsforschung gesetzt; auch dazu wurde eine Ausschreibung veröffentlicht. Denn in einer sich verändernden Gesellschaft geht es nicht nur um rein technische Veränderungen, sondern auch um Wissen und um die gesellschaftliche Fähigkeit, mit dem Wandel zurechtzukommen. Auch das ist ein Beispiel dafür, wie wir die soziale Komponente des Wissens, der Fähigkeiten der Gesellschaft vorantreiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Die zweite Zusatzfrage von der AfD-Fraktion: Frau Schülke, bitte!

(Beifall bei der AfD)

Jessica Schülke (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Minister Mohrs, das Projekt „Innovation an Fachhochschulen“ wird mit 21 Millionen Euro gefördert. Inwieweit werden hierdurch auch Mittel und Konzepte für den Aufbau einer Infrastruktur für den akademischen Mittelbau bereitgestellt? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Frau Schülke. - Der Herr Minister antwortet.

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Frau Schülke, damit wird vor allem in die Forschungs- und Innovationsstärke der Fachhochschulen, der HAWs, investiert. Ihnen ist bestimmt bewusst - das ist hier bereits Thema gewesen -, dass wir das Promotionsrecht an forschungsstarke HAWs vergeben wollen. Das gehört mit in diese Gesamtstrategie. Mittelbar stärkt auch das den Mittelbau an den HAWs. Auch das ist ein Bestandteil dieses Programms - wenn auch nicht explizit, so doch mittelbar auf jeden Fall.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage kommt von Bündnis 90/Die Grünen. Frau Schneider, bitte!

Pippa Schneider (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Mohrs, welche Projekte und Kooperationen mit internationalen Partnerstandorten unterhält das Wissenschaftsministerium?

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Frau Schneider. - Der Minister wird antworten.

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Abgeordnete Schneider, Sie waren vorletzte Woche zusammen mit der Abgeordneten Dr. Lesemann, der Abgeordneten Lutz und mir in Schottland. Schottland ist einer der zwei prioritären Partner Niedersachsens in der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit wird seit vielen Jahren aufgebaut und verstärkt. Die Landeshochschulkonferenz Niedersachsen und ihr schottisches Pendant, Universities Scotland, haben ein neues Memorandum of Understanding unterzeichnet, in dem inhaltliche Schwerpunkte der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Energie, der Lebenswissenschaften und der Mobilität festgelegt wurden. Diese Schwerpunkte passen wunderbar zu unserer inhaltlichen Ausrichtung. Das ist eine unserer zwei strategischen internationalen Partnerschaften.

Wir haben auch eine sehr lange - seit 47 Jahren - und sehr intensive Partnerschaft mit Israel. Wir haben uns jetzt entscheiden, diese Partnerschaft noch einmal auszubauen, auszuweiten und aufzustoßen, sowohl finanziell als auch, was die Laufzeiten der Programme angeht. Angesichts der aktuellen Kriegssituation in Israel haben wir das Programm deutlich flexibilisiert, um jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine längerfristige Perspektive und Sicherheit in den gemeinsamen Kooperationen zu geben.

Eines möchte ich noch herausgreifen: Eine der Säulen unseres Europaprogramms ist, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Niedersachsen dabei unterstützt werden können, europäische Förderung in Anspruch zu nehmen. Das wollen wir vorantreiben. Wir wollen das niedersächsische Geld gezielt dazu nutzen, unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu zu befähigen, in anderen Forschungsk Kooperationen und -programmen erfolgreich zu sein, und so Hebel effekte zu nutzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Minister.

Unser Wissenschaftsminister hat seine Redezeit eingehalten; er hat sogar noch Restredezeit. Sie wissen, was das für die Fraktionen bedeutet.

Zum Schlussstatement hat sich gemeldet: von der SPD-Fraktion Herr Penno. Bitte!

(Beifall bei der SPD)

Sebastian Penno (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es dürfte wohl allen Anwesenden deutlich geworden sein, dass die niedersächsische Forschungslandschaft im Jahr 2024 divers und multidisziplinär aufgestellt ist. Unsere Forschungslandschaft hat einen hervorragenden Ruf, deutschland-, europa- und weltweit. Mit zukunft.niedersachsen haben wir ein hervorragendes Programm, das seinesgleichen sucht. Wir können so Maßnahmen fördern, die Grundlagen- und Exzellenzforschung möglich machen.

Im Zuge des Börsengangs der Porsche AG im letzten Jahr ist zudem ein einzigartiges Förderprogramm für unser Bundesland aufgesetzt worden,

durch das die Zukunftsschwerpunkte Exzellenz, Digitalität und Transformation in den nächsten Jahren gezielt gefördert werden. Wissenschaftsminister Falko Mohrs hat deutlich gemacht, wie das Land Niedersachsen diese Zukunftsschwerpunkte mit dem Förderprogramm *zukunft.niedersachsen* umsetzt.

Als Südniedersachse begrüße ich natürlich den Schwerpunkt der Lebenswissenschaften. Life Science ist der Schwerpunkt, den wir auch in Südniedersachsen für unsere Region als unseren Schwerpunkt ausgemacht haben. Life Science wollen wir mit der Universitätsmedizin Göttingen, der Stadt und dem Landkreis Göttingen, dem Landkreis Northeim und vielen, vielen Akteurinnen und Akteuren in Südniedersachsen voranbringen.

Deutlich geworden ist außerdem, dass die Niedersächsischen und Niedersachsen in ihrem Alltag von *zukunft.niedersachsen* profitieren. Denn unsere niedersächsische Forschung und deren Einrichtungen sorgen mithilfe der Mittel von *zukunft.niedersachsen* dafür, dass beispielsweise in Klimafor schung, in Solarforschung und - das ist mir nicht nur als Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur, sondern auch als Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wichtig - in nachhaltige und gesunde Ernährung investiert wird. Das alles sind Punkte, die uns direkt betreffen.

Gerade heute, nach einer wirklich gelungenen Feierstunde zum 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes und eine Woche nach dem Europatag am 9. Mai, freue ich mich, dass ebenfalls deutlich geworden sein dürfte, wie die Schwerpunkte der internationalen Forschungszusammenarbeit zukünftig aussehen sollen und werden. Ob Europa-Programm und Stay Inspired, ob Forschungs kooperationen mit ausgewählten Partnerregionen wie Schottland und Israel oder Gewinnung von internationalen Forschenden und auch Studierenden: Niedersachsen investiert in seine Wissenschaft und seine Forschung.

Natürlich könnte an dieser Stelle noch viel mehr genannt werden. Denn noch einmal: Unsere niedersächsische Forschung hat international einen hervorragenden Ruf. Das soll und muss so bleiben. Und deshalb ist *zukunft.niedersachsen* ein wirklich hervorragendes Programm, deshalb ist *zukunft.niedersachsen* eine einmalige Chance für unsere niedersächsische Forschung, und deshalb sollten wir unser Förderprogramm *zukunft.niedersachsen* weiterhin positiv begleiten.

Zu guter Letzt: Ich bin sicher, dass die niedersächsische Forschung bei Rot-Grün in guten Händen und in den Händen unseres Wissenschaftsministers Falko Mohrs hervorragend aufgehoben ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Wenn es für diese Erkenntnis der Anfrage bedurfte!)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Penno. - Das nächste Schlussstatement kommt von der AfD-Fraktion. Frau Schülke, bitte!

(Beifall bei der AfD)

Jessica Schülke (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Herren und Damen! Sehr geehrter Herr Minister Mohrs! Letztes Jahr hat der Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur aus dem Börsengang der Porsche AG eine Sonderdividende von beinahe 580 Millionen Euro erhalten, die auf fünf Jahre verteilt den Hochschulen zufließen sollen. Die entscheidende Frage wird sein, ob diese Summe eine ergiebige Investition in das niedersächsische Hochschulwesen sein wird oder eine Geldberieselung für ein buntes Feuerwerk an Ideen - hier etwas Öko-Wirtschaftswende, da ein paar digitale Modethemen, alles irgendwie passend in eine rot-grüne Transformationsagenda.

(Beifall bei der AfD)

Der Wissenschaftsstandort Niedersachsen hat unter den letzten Landesregierungen sehr gelitten. Im Ranking der deutschen Hochschulen schafft die Universität Göttingen den zehnten Platz. Gleichzeitig scheiterte Göttingen im letzten Jahr mit allen fünf Antragsskizzen in der dritten Runde der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder - und dies eine Universität, die aufgrund ihrer vielen Nobelpreisträger einmal als „Nobelpreiswunder“ galt.

Geld allein macht noch keine Spitzenforschung. Der Börsengang der Porsche AG hat zwar finanzielle Mittel freigesetzt, aber das allein löst nicht unsere Probleme. Wir wünschen uns Qualität statt Quantität, Klasse statt Masse. Deshalb habe ich Sie, Herr Minister Mohrs, zu verschiedenen Fragen um Aufklärung gebeten. Unsere Hochschulen müssen Stätten der Spitzenforschung und des exzellenten Nachwuchses sein. Zukunftsweisend sind natürlich Investitionen, die auch einen wissenschaftlichen

und wirtschaftlichen Ertragsnutzen haben. Zukunftsweisend wäre eine Förderung der MINT-Studienfächer, aber die kommen in meiner ersten Betrachtung des Vorschlagskatalogs nur am Rande vor.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: ein Rückgang der Studienanfänger beispielsweise in den Fachbereichen Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen um 30 % - bei gleichzeitigem Anstieg zum Beispiel in den Fächern Psychologie und Sozialwissenschaften.

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Wir haben immer noch freie Berufswahl!)

Die Tatsache, dass uns bis zum Jahr 2026 voraussichtlich 100 000 Ingenieure fehlen werden, sollte alle Alarmglocken läuten lassen. Denn immer mehr Top-Akademiker wandern aus Deutschland ab, weil sie im Ausland bessere Forschungs- und Verdienstmöglichkeiten haben und eine bessere Lebensqualität. Und mit ihnen gehen deutsche Unternehmen, die hierzulande wegen der Kosten der rot-grünen Transformation keine geeigneten Produktionsbedingungen mehr finden.

(Eva Viehoff [GRÜNE]: In China ist das alles auch viel besser!)

Die halbe Milliarde des Programms zukunfts.niedersachsen wäre besser in einem langfristigen Fonds angelegt, aus dem heraus messbare Spitzenleistungen resultieren.

(Zuruf von Eva Viehoff [GRÜNE])

Frau Viehoff, nehmen Sie sich Nobelpreise als Maßstab, gerne auch die Zahl der Exzellenzcluster, gerne auch den ableitbaren ökonomischen Wert der zu leistenden Forschungen. Es gilt, Leistungsfähigkeit über Ideologie zu stellen.

Die AfD fordert Sie auf, sehr geehrter Herr Minister Mohrs, kein Strohfeuer zu zünden, welches die Investitionsmittel binnen weniger Jahre aufzehrt und für die Wissenschaft keinen ersichtlichen Mehrwert erzielt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Das nächste Schlussstatement kommt von Bündnis 90/Die Grünen. Frau Schneider, bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Pippa Schneider (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ja mal ein schöner Anlass für eine Rede, dass man Geld zu verteilen hat. Und gerade bei diesem Forschungsförderprogramm ist es auch eine ganze Menge an Geld, nämlich über 500 Millionen Euro zusätzlich. Damit ist es - das haben wir schon gehört - das größte Wissenschaftsprogramm in der Geschichte unseres Landes.

Gemeinsam von VW-Stiftung und Wissenschaftsministerium, beraten von der Wissenschaftlichen Kommission und einem mit Expert*innen besetzten Strategiebeirat, ergibt das eine großartige Möglichkeit, Forschung zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu fördern. Dazu legt die Landesregierung zweimal im Jahr dem Kuratorium der Stiftung Verwendungsvorschläge vor. Das gemeinsame Ziel ist es, mithilfe strategischer Förderung den Wissenschaftsstandort Niedersachsen deutlich sichtbar zu machen, national wie international. Damit können Hochschulen ihre spezifischen Fach- und Technologiekompetenzen ausbauen.

Wir wollen ein attraktives Forschungsumfeld schaffen, um kluge Köpfe in Niedersachsen zu halten und für Niedersachsen zu gewinnen, und wir wollen damit dem Transfer, also den Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungsbereichen, einen neuen Schub verleihen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dazu einmal ein paar Zahlen und Fakten aus dem letzten Verwendungsvorschlag aus dem Herbst: Aus dem Förderprogramm zukunfts.niedersachsen flossen im letzten Herbst 185 Millionen Euro in neue Vorhaben. Mit 48 Millionen Euro werden bereits bewilligte Projekte gefördert. Mit der Herbstverwendung werden insgesamt 28 Vorhaben gefördert, beispielsweise in den Bereichen künstliche Intelligenz und Photovoltaik. Damit tragen wir wesentlich dazu bei, sowohl unsere forschungs- als auch unsere klimapolitischen Ziele einzuhalten.

Mit rund 11 Millionen Euro sollen außerdem kluge Köpfe aus der Wissenschaft geholt und gehalten werden. Das Förderprogramm „Niedersachsen-Professuren“ zielt auf internationale Spitzenkräfte, leistungsstarke junge Wissenschaftler*innen und soll Forschenden attraktive Standortbedingungen bieten.

Das Programm zukunft.niedersachsen beruht dabei auf drei Säulen: Transformation, Digitalität und Spitzenforschung. Mit den Geldern aus zukunft.niedersachsen unterstützen wir zum Beispiel die Forschung am Institut für Solarenergie - das hatten wir auch vorhin gehört - zur Weiterentwicklung der Photovoltaiktechnologien. Außerdem starten in diesem Sommer vier Zukunftslabore am Zentrum für Klimaforschung, zwei davon zum Ökosystem Wald und weitere zwei zum Thema klimagerechte Stadt. Diese Zukunftslabore verbinden Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft und sind drängende Themen, mit denen die niedersächsische Forschung sich hier beschäftigt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Klimakrise schafft immer massivere Temperaturrekorde, immer heißere Sommer, immer mehr Dürren. Wir müssen dringend Antworten finden auf die Frage, wie eine Stadt aussieht, die an diese neuen Herausforderungen angepasst ist. Es geht um Maßnahmen für natürlichen Klimaschutz, es geht um Begrünung, um Schattenplätze und um die Verfügbarkeit von Trinkwasser. Und genau zu diesen Fragen arbeitet die niedersächsische Forschung in diesen Zukunftslaboren. Ich bin sehr froh, dass wir mit dem Programm zukunft.niedersachsen die nötigen Gelder dafür zur Verfügung stellen können.

Eine Bemerkung zum Abschluss zu Ihrer Rede, Frau Schülke, muss ich hier noch anbringen. Sie diffamieren die niedersächsische Wissenschaft und unterstellen ihr irgendwelche Ideologien. Haben Sie schon mal den Begriff „Wissenschaftsfreiheit“ gehört?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jessica Schülke [AfD]: Ja, ich schon!)

- Das glaube ich nicht. Die einzigen, die versuchen, Ideologien auf die Wissenschaft anzuwenden, sind Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Wissenschaftsfreiheit heißt aber nicht Freiheit von Kritik, Frau Schneider! Kritisieren darf man!)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Das nächste Schlusstatement kommt von der CDU-Fraktion. Frau Lutz. Bitte!

(Beifall bei der CDU)

Cindy Lutz (CDU):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zukunft.niedersachsen - ein Programm, das für unser Land eine riesige Chance ist. Über eine halbe Milliarde Euro, so viel Geld wie noch nie zuvor. Der Generalsekretär der Volkswagenstiftung sprach vor einigen Wochen von einer historisch einmaligen Situation, Wissenschaft in Niedersachsen gemeinsam mit vielen Akteuren nach vorne zu bringen. Damit hat er recht.

Aber Herr Minister Mohrs, diese historische Chance ist für Sie und die rot-grüne Landesregierung auch mit einer entsprechenden Verantwortung versehen. Denn Forschung ist das Herzstück jeder modernen und zukunftsorientierten Gesellschaft. Sie treibt Innovation voran, schafft Arbeitsplätze und sichert langfristig unseren Wohlstand.

Sie wollen Transformation, Digitalität und Spitzenforschung stärken? Das haben Sie vor einem Jahr groß in der Presse vorgestellt. Wenn wir aber jetzt, ein Jahr später, einen genauen Blick darauf werfen, wirken die einzelnen Projekte im Moment noch wie lose Enden, die nicht auf die von Ihnen vorgestellte Agenda abgestimmt sind. Und was ist denn außer der Umbenennung des Programmes durch diesen segensreichen Geldregen bisher passiert? Was ist konkret verändert worden?

Es wäre entscheidend, dass der Wissenschaftsminister klare Prioritäten setzt und diese wertvolle Ressource gezielt einsetzt. Das Ergebnis der letzten Exzellenzstrategie in Niedersachsen zeigt uns doch, dass wir viel besser werden müssen. Niedersachsen hat so schlecht abgeschnitten wie noch nie zuvor. Das ist ein deutliches Signal. Es muss also dringend gehandelt werden.

Unsere Hochschulen klagen über fehlende Ausstattung, fehlende dringend benötigte Professuren, zum Beispiel für Medizinstudienplätze. Sie kämpfen mit veralteter Infrastruktur und unzureichender technischer Ausstattung. Sie kämpfen trotz der Volkswagen-Millionen oftmals mit einem Mangel an finanziellen Mitteln für wegweisende Projekte.

Herr Wissenschaftsminister, wo bleibt Ihre eigene Handschrift nach eineinhalb Jahren im Amt? Und wie gewährleisten Sie, dass diese unverhofften, historisch hohen Mittel wirklich zielgerichtet eingesetzt

werden und zu einer echten Verbesserung an unseren Hochschulen führen? Dazu habe ich heute leider nicht viel gehört. So werden Sie zum Chancentod für Niedersachsen, Herr Minister Mohrs!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Ach, Du liebe Güte!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine klare Vision für die Zukunft der Forschung in Niedersachsen, ein klares Konzept, das nicht nur auf einem Papier existiert, sondern tatsächlich auch umgesetzt wird, ein Programm, das unsere Stärken in den Bereichen Umwelttechnologie, künstliche Intelligenz, Medizin und erneuerbare Energie fördert und ausbaut.

Ich möchte einfach nicht mehr hören, dass Professoren nach Freiburg oder nach München gehen. Wir wollen, dass sie aus München und Freiburg zu uns nach Niedersachsen kommen. Lassen Sie uns also mit einem klaren Plan gemeinsam dafür sorgen, dass Niedersachsen wieder an die Spitze der Forschungslandschaft in Deutschland rückt. Eine bessere Wissenschaftspolitik ist machbar.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Frau Lutz.

Damit ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 29 und 30 vereinbarungsgemäß zusammen auf.

Tagesordnungspunkt 29:

Erste Beratung:

Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch wirksame Reformen erhöhen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4255

Tagesordnungspunkt 30:

Erste Beratung:

Für eine bessere Versorgung mit Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks - niedersächsische Interessen im NDR wahren! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4256

Zur Einbringung hat sich der Kollege Jens Nacke von der CDU-Fraktion gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Medienlandschaft und der Rundfunk unterliegen einem rasanten Wandel. Informationen erreichen die Mediennutzerinnen und Mediennutzer auf sehr unterschiedlichen Übertragungswegen und über sehr unterschiedliche Endgeräte.

Das eigene Smartphone steigt in der Bedeutung, das klassische Fernsehen in gemeinsam genutzten Wohnräumen tritt in den Hintergrund. Der Konsum von Unterhaltungsangeboten wie Filmen oder Serien erfolgt zunehmend in nonlinearen Mediatheken oder bei Streaming-Diensten. In den sogenannten sozialen Medien verschwimmen die Grenzen zwischen Unterhaltung, Information und Kommunikation von Bewegtbild und Text. Die individuelle Auswahl aus den Angeboten überwiegt inzwischen gegenüber dem gemeinsamen Medienerlebnis, häufig genug unterstützt durch die technische Beschränkung aufgrund des eigenen Konsumverhaltens.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in dieser neuen Medienlandschaft seinen Platz und eine wichtige Aufgabe. Auch in den neuen Formen der Mediennutzung braucht es Angebote, die unabhängig vom marktwirtschaftlichen Druck zur Verfügung gestellt werden können, weil sie ansonsten aufgrund eines hohen Herstellungsaufwandes oder eines nur geringen Konsuminteresses nicht produziert werden können.

Die öffentlich-rechtlichen Angebote müssen dabei auch auf allen Plattformen zu finden sein, auch wenn diese von privaten Anbietern zur Verfügung gestellt werden - keine leichte Aufgabe, mit der sich die verantwortlichen Personen in den Sendern und die Gremien schon jetzt jeden Tag befassen.

Aber der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat ein großes Problem. Um sich auf den schnellen Wandel in der Medienwelt einstellen zu können, bräuchte es moderne gesetzliche Regelungen über seine Aufgaben und seine Struktur. Leider haben sich die Länder in diesem Punkt als unfähig erwiesen, die notwendigen Änderungen vorzunehmen. Und das geht insbesondere zulasten Niedersachsens.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion legt heute zwei Anträge vor, damit wir uns mit diesen wesentlichen Fragen im Parlament und in den Ausschüssen befassen. Die Anträge richten sich an unterschiedliche Adressatenkreise. Im ersten Antrag geht es um die ständige Frage nach der Angemessenheit der Finanzierung des öffentlich-rechtli-

chen Rundfunks und die Höhe des Rundfunkbeitrages. Dieser Antrag richtet sich an die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in der Rundfunkkommission. Der Ministerpräsident wäre hier aufgefordert, die Interessen des Landes Niedersachsen klarer zu vertreten. Ich will versuchen, die Problemlage zu erklären.

Der Finanzbedarf eines jeweiligen Senders ergibt sich aus dem gesetzlichen Auftrag. Dieser Auftrag wird von den jeweiligen Landesgesetzgebern bestimmt. Für Niedersachsen ist das der NDR-Staatsvertrag, der vom Landtag beschlossen wird. § 3 regelt die Landesprogramme der Landesfunkhäuser, also auch die niedersächsischen Angebote. Ein landesweites Hörfunkprogramm ist darin vorgesehen, für uns also NDR 1 mit Regionalfenster, des Weiteren ein Regionalprogramm im Fernsehen, also „18:00 Uhr“ und „Hallo Niedersachsen“, insgesamt 45 Minuten. - Mehr nicht.

Für alle vier Vertragsländer gelten die gleichen Regelungen. Es wird nicht zwischen dem großen Niedersachsen und den kleineren Vertragsländern unterschieden. Die Versorgung der 8 Millionen Niedersächsischen und Niedersachsen ist daher zwangsläufig schlechter als die der Bürgerinnen und Bürger in den anderen Vertragsländern.

Das Gesetz über den Hessischen Rundfunk sieht beispielsweise in § 2 allein für Hessen sechs Hörfunkprogramme und ein Drittes Programm vor.

Nehmen wir als Beispiel das größere Baden-Württemberg. § 3 des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk: zwei Landeshörfunkprogramme, eines mit informationsbetontem Angebot - SWR 4 -, eines, das der Darstellung der Regionen dient - SWR 1 -, beides für Baden-Württemberg. Mindestens 30 % des gemeinsamen Fernsehprogramms - das sind etwa drei Stunden - sind ebenfalls nur für Baden-Württemberg.

Nordrhein-Westfalen kennt neben den vielen landesweiten Angeboten elf unterschiedliche Lokalzeiten mit je 30 Minuten. Hierdurch wird der Auftrag aus § 4 des WDR-Gesetzes erfüllt, der regionalen Gliederung des Landes Rechnung zu tragen.

So könnte ich alle Länder durchgehen. Kein Land ist schlechter mit landesspezifischen Angeboten versorgt als Niedersachsen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie sehen, regeln also die Länder in eigener Zuständigkeit die gesetzlichen oder staatsvertraglichen Aufgaben der Sendeanstalten. Die Kosten für diese Entscheidungen werden aber nicht durch die beitragspflichtigen

Personen des jeweiligen Bundeslandes oder Sendegebiets getragen. Die Kosten werden, sehr vereinfacht gesagt, addiert und durch alle geteilt. Im Ergebnis bezahlen damit die Niedersächsischen und Niedersachsen auch noch die bessere Versorgung in den anderen Bundesländern, die durch fremde Gesetzgeber festgelegt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese sogenannte Konzernbetrachtung der ARD ist unfair. Sie verhindert eine moderne Definition des Auftrags und den sparsamen Umgang mit den Finanzmitteln. Niedersachsen ist hier gefordert; denn Niedersachsen ist in diesem System der Verlierer.

Dieses Verfahren kann aber nur durch eine gemeinsame Änderung der Verträge, also nur durch alle Bundesländer, geändert werden. Da einige Länder naturgemäß von dem System profitieren, haben sie an einer Änderung kein Interesse. Dies gilt insbesondere für Sender mit einem sehr kleinen Sendegebiet wie Radio Bremen oder den Saarländischen Rundfunk.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind nicht bereit, diesen Umstand länger hinzunehmen. Wir wollen eine Reform, die im Wesentlichen dem Gedanken folgt, dass die Kosten für eine gesetzgeberische Entscheidung von jenen getragen werden, die durch das entsprechende Parlament vertreten werden. Wir wollen keine Entscheidung mehr zulasten der niedersächsischen Gebührenzahler, der niedersächsischen Zahlungspflichtigen. Wenn die niedersächsischen Interessen in diesen Vereinbarungen weiterhin nicht beachtet werden, muss das Land in letzter Konsequenz bereit sein, den Medienstaatsvertrag zu kündigen.

Wie zu Beginn der Rede dargestellt, wäre der Zeitpunkt für Reformen besonders gut gewählt. Niedersachsen muss jetzt seine Interessen formulieren und seine Forderungen geltend machen. Die Reformunfähigkeit der Rundfunkkommission würde ansonsten dazu führen, dass die Struktur der Sender in die non-lineare Welt übertragen wird.

Hieran knüpft der zweite Antrag an, der sich an die Staatsvertragsländer des NDR richtet. In Zukunft wird es nämlich nicht mehr entscheidend sein, Sendungen zu produzieren, die in einem Programm linear aneinandergereiht werden. Die Zukunft gehört dem Content. Produktion wird wichtiger als Programm. Journalistinnen und Journalistinnen in der Fläche, die Land und vor allem Leute kennen, werden den Unterschied ausmachen. Sie sind das Al-

leinstellungsmerkmal, das auch zukünftig die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wertvoll machen.

Aus unserer Sicht bietet der Übergang der öffentlich-rechtlichen Angebote in die Welt der Plattformen und Mediatheken die Chance, die bestehende Benachteiligung Niedersachsens zu beseitigen. Wir möchten für die Zukunft eine Sichtbarkeit unseres Bundeslandes. Wir möchten Berichte in Bild und Ton aus allen Teilen Niedersachsens, die deutlich über die bisherigen Angebote hinausgehen. Wir möchten Reportagen aus Niedersachsen und fiktionale Angebote, die in Niedersachsen spielen. Wir möchten, dass niedersächsische Produktionsfirmen im ganzen Land profitieren. Und wir möchten eine Beteiligung niedersächsischer Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien des NDR, die der Größe des Landes im Sendegebiet gerecht wird.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, das ist auch möglich. Aber wir kennen Ihre Eigenart, Herausforderungen nur dann anzugehen, wenn es sich beim besten Willen nicht mehr vermeiden lässt. In dieser Frage gibt es eben kein Ministerium, das Ihnen die Arbeit abnehmen kann. Hier sind Sie selbst gefordert. Vertreten Sie die niedersächsischen Interessen! Kümmern Sie sich um eine angemessene Versorgung des Landes mit Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks! Lassen Sie die Chance, die sich für Niedersachsen bietet, nicht durch Untätigkeit verstreichen!.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Nacke. - Die nächste Wortmeldung kommt von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Schulz-Hendel, bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleg*innen! Herr Nacke, ehrlich gesagt: Ich bin über diese beiden Anträge schon ein bisschen verwundert. Haben wir doch jüngst im Medienausschuss über den rot-grünen Antrag in epischer Breite mit sehr viel Zeit beraten. Nur, leider haben Sie nichts anderes zu tun gehabt, als sich daran abzarbeiten, dass wir die Rundfunkräte diverser aufstellen wollen. Sie hätten sich aber auch einbringen können.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine wichtige Säule unserer Demokratie. Daher ist es unsere Aufgabe, ihn für die Zukunft fit zu machen und zu stärken. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen. Die Debatte um die Finanzierung der Rundfunkanstalten ist allerdings auch in Deutschland von einer zunehmenden Polarisierung geprägt. Hinzu kommt: Einerseits sind die Aufgaben der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gewachsen, andererseits aber auch die Erwartungen der Öffentlichkeit an sie.

Es stimmt, dass die Länder auf diese Herausforderungen antworten müssen. Aber auch das haben wir mit unserem Antrag, der ja beschlossen worden ist, längst geklärt. Wir wünschen uns eine frühzeitige Beteiligung des Parlaments bei der Erstellung zukünftiger Medienstaatsverträge. Ziel muss es sein - auch das ist klar -, auch bei der Debatte um Gebühren den Fokus auf Programminhalte und weniger auf die Verwaltung zu legen.

Herr Nacke, Sie haben es bereits gesagt: Viele haben sich bereits gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags im Jahr 2025 ausgesprochen. Doch politische Blockaden wie zuletzt bei der Beitragserhöhung im Jahr 2021 deutet das Bundesverfassungsgericht als Eingriffe in die Rundfunkfreiheit, und das zu Recht. Natürlich müssen wir uns damit auseinandersetzen. Selbstverständlich müssen wir fordern: mehr Inhalte und weniger Verwaltung. Wir müssen fordern, die Rundfunkanstalten effizient aufzustellen. Aber jetzt ohne Weiteres eine Beitragserhöhung zu verweigern, ist rechtlich nicht ganz in Ordnung. Das gemeinsame Ziel aller Beteiligten muss es doch sein, den Sendern Planungssicherheit über die laufende Beitragsperiode hinaus zu schaffen, damit sie qualitativ arbeiten und effiziente Strukturen aufbauen können.

In Ihrem Antrag zum NDR sprechen Sie an, dass die regionale Verankerung mehr Bedeutung bekommen muss. Wir sind auch der Meinung, dass spezifische regionale Informationsbedarfe durch den NDR abgedeckt werden müssen. Aber das ist ja bereits der Fall, beispielsweise mit Recherchen zur Landes- und Kommunalpolitik.

In einem Punkt widersprechen Sie sich in Ihrem Antrag. Zum einen sprechen Sie von der gewichtigen Rolle des NDR in der Gemeinschaft der ARD, zum anderen wollen Sie aber mit Ihrem Antrag erreichen, dass der NDR mehr Aufträge outsourct und sendereigene Produktionsunternehmen reduziert.

Ich freue mich, dass wir diesen Widerspruch und andere Widersprüche in Ihren Anträgen im Medienausschuss gemeinsam aufklären können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Schulz-Hendel. - Die nächste Wortmeldung kommt aus der SPD-Fraktion. Frau Lansmann, bitte!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Kirsikka Lansmann (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als leidenschaftliche ZDF-Krimi-Guckerin stehe ich zu unserem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Neben den Krimis übernimmt der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch einen wichtigen Bildungsauftrag. Daher ist es richtig und wichtig, dass wir einen Rundfunkbeitrag haben.

Damit unsere Kolleginnen und Kollegen die vorliegenden Anträge besser einordnen können, müssen wir zunächst die Arbeit und das feste Verfahren der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) kurz erläutern. Die KEF hat die wichtige Aufgabe, den Finanzbedarf der Rundfunkanstalten objektiv und unabhängig zu ermitteln. Dieses Verfahren gewährleistet, dass die Beitragsgelder effizient und zielgerichtet verwendet werden, um qualitativ hochwertige Inhalte für alle Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen. Es ist ein Verfahren, das Transparenz und Verantwortlichkeit in den Mittelpunkt stellt und somit das Vertrauen der Bevölkerung in unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, wir sind ja grundsätzlich ganz bei Ihnen, dass eine transparente Diskussion über die Zukunft unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunks notwendig ist. Dazu zählt natürlich auch, über Einsparungen zu sprechen.

Unser Ministerpräsident Stephan Weil und die Rundfunkkommission der Länder haben bereits deutlich gemacht, dass sie für Einsparungen und Optimierungen offen sind. Die Rundfunkkommission hat hierfür erst im Januar konkrete Vorschläge vorgelegt. Von „Untätigkeit“ kann also keine Rede sein, Herr Nacke.

Die Forderungen nach einem Abbau von Doppelstrukturen, einer effektiven Arbeitsteilung sowie einer umfassenden Kooperation zwischen den Anstalten bei Verwaltung, Technik, IT und Organisation sind obsolet, da sie bereits thematisiert wurden und von der Landesregierung getragen werden.

Was mich allerdings aufhorchen lässt, ist die Bedingung, dass der KEF-Empfehlung nur zugestimmt wird, wenn es eine Reform des Staatsvertrages gibt. Herr Nacke, Sie sind doch ein Jurist und ein erfahrener Parlamentarier. Sie müssten daher eigentlich am besten wissen, dass das nicht verfassungskonform ist. Es gibt sehr enge verfassungsrechtliche Grenzen zur Abweichung davon. Sehr fragwürdig, wenn Sie mich fragen - und das nicht nur, weil wir heute Morgen das 75-jährige Bestehen unseres Grundgesetzes gefeiert haben.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Die KEF hat die Aufgabe, den Finanzbedarf der Rundfunkanstalten unabhängig zu ermitteln. Jede politische Einflussnahme, die diese Unabhängigkeit gefährdet, ist unverantwortlich.

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]:
Aha!)

Jede Änderung im Rundfunksystem muss sorgfältig abgewogen und im Konsens aller Beteiligten entwickelt werden. Dabei geht es nicht nur um eine Anpassung der finanziellen Beiträge, sondern auch um die Gewährleistung der Unabhängigkeit, der Qualität und Vielfalt, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk unserer Gesellschaft bietet.

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Ach so!)

Kommen wir zu Ihrem zweiten Antrag, der eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fordert. Als SPD-Fraktion teilen wir das Ziel eines starken, qualitativ hochwertigen und vielfältigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Allerdings haben wir ernsthafte Bedenken gegen die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die geforderte Schaffung weiterer Regionalstudios und der Ausbau der Berichterstattung aus Niedersachsen sind finanziell und organisatorisch äußerst kostspielig. Da frage ich mich, wie das mit den von Ihnen geforderten Einsparungen zusammengehen soll.

Auch die unter Punkt 6 geforderte Reform der Rechtsaufsicht über den NDR ist alles andere als zielführend. Wollen Sie lieber einen Konflikt mit den anderen Staatsvertragsländern provozieren, statt

gemeinsam für einen starken NDR einzustehen? Eine gute Zusammenarbeit der Länder ist für die Ausgewogenheit innerhalb des NDR essenziell. Die geforderte Dominanz eines Landes würde diese Ausgewogenheit bewusst stören und Konflikte provozieren. Wir brauchen eine starke norddeutsche Stimme und keine Streitereien.

Die Forderung, die Vertretung Niedersachsens im Rundfunkrat zu erhöhen, steht im Widerspruch zu dem Prinzip, dass die Mitglieder des Rundfunkrates die Allgemeinheit und nicht die spezifischen Länder vertreten.

Liebe CDU, die vorliegenden Forderungen sind unrealistisch und führen vor allem zu keiner Verbesserung des NDR oder von Bereichen der Rundfunkpolitik, sondern schaden ihnen sogar. In den kommenden Ausschussberatungen wird das noch deutlich werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Frau Lansmann. - Auf Ihre Rede gibt es eine Kurzintervention des Kollegen Nacke. Bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Frau Kollegin Lansmann, Ihre Rede macht deutlich, dass Sie die Systematik der KEF nicht verstanden haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will es Ihnen gerne noch mal erklären.

(Kirsikka Lansmann [SPD]: Gerne!)

Die KEF kann ihren Bericht - das steht in dem Bericht auch sehr deutlich drin - nur auf der Basis der Aufträge erteilen, die die Landessendeanstalten erhalten haben. Und diese Aufträge stehen in den Staatsverträgen und in den Gesetzen.

Das heißt, wenn wir ernsthaft zu einer Reform kommen wollen - das bestreitet die Rundfunkkommission ja auch gar nicht -, dann müssen genau an dieser Stelle die Landesgesetzgeber - denn Medienpolitik ist Landespolitik - tätig werden. Das tun sie aber nicht.

Was Sie gerade gesagt haben, ist nicht richtig. Die haben sich nicht auf irgendetwas geeinigt. Die haben Eckpunkte in den Raum gestellt und dann festgestellt: Da sind noch drei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern. Das könnte schwierig werden. Alles liegenlassen, später machen! - Das ist der Beschluss der Rundfunkkommission. Das bestreitet auch überhaupt niemand, dass das so ist.

Deswegen ist der Ministerpräsident jetzt gefordert, niedersächsische Interessen zu vertreten. Mir geht es hier darum, dass niedersächsische Interessen in diesen Gremien sauber vertreten werden. Das passiert nicht, und dazu fordern wir mit diesen Anträgen auf.

(Beifall bei der CDU und von Jozef Racky [fraktionslos])

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Nacke. - Frau Lansmann möchte nicht antworten.

(Kirsikka Lansmann [SPD]: Lohnt sich nicht!)

Wir kommen zum nächsten Redner. von der AfD-Fraktion Herr Brockmann.

(Beifall bei der AfD)

Jens-Christoph Brockmann (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute sprechen wir über zwei Anträge zu einem wirklich wichtigen Thema, nämlich zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich den veränderten Anforderungen und den kritischen Stimmen der Bürger stellen. Die Alternative für Deutschland setzt sich dafür ein, dass alle Institutionen, die durch die Allgemeinheit finanziert werden, auch der Allgemeinheit dienen. Deshalb unterstützen wir entscheidende Reformen, die eine sparsame und sorgfältige Verwendung der Mittel sicherstellen.

In einem der Anträge, die heute behandelt werden, wird festgestellt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk diesem Anspruch aktuell nicht gerecht wird. Auch die KEF hat festgestellt, dass zum Beispiel durch schlechtes Management von Immobilien Beitragsgelder vergeudet wurden.

Was möchten die Anträge, die die CDU hier einbringt, konkret? Konkret fordert die CDU einen Reformstaatsvertrag der Länder, der noch dieses Jahr beschlossen werden soll, und stellt dazu einige

doch sehr interessante Forderungen, wie ich finde. Spannend!

Ich habe mich allerdings beim Lesen der Anträge unweigerlich gefragt, ob die CDU eigentlich die gleichen Forderungen gestellt hätte, wenn der Ministerpräsident ein CDU-Parteibuch hätte. Denn, so gut ich einige dieser Forderungen finde - Herr Nacke hat es selber ausgeführt in seiner Rede -, wird es schon schwierig werden, wenn man es mit allen Ländern aushandeln muss und möchte, dass Bremen und das Saarland sagen: Okay, wir verzichten.

Man muss allerdings schon sagen - in dem Fall hat die CDU einen Punkt -: Die jetzige Finanzverteilung, bei der die KEF erst mal die Anmeldungen von den einzelnen Anstalten einholt, um das dann ARD-konzernweit zu betrachten, das Geld quotiert zu verteilen, und die kleinen Anstalten - also Radio Bremen und den Saarländischen Rundfunk - mit Extrageld zu bedenken - und dann gibt es ja auch noch die Möglichkeit, über Degeto Quersubventionierungen zu machen, damit Radio Bremen mehr Geld hat -, ist ein Verfahren, das nicht gut ist. Ob es allerdings möglich sein wird, in den Verhandlungen die kleinen Länder davon zu überzeugen, komplett darauf zu verzichten, halte ich für fragwürdig.

Gut, Herr Nacke hat es selber in seiner Rede gesagt, dann wäre die Ultima Ratio: man kündigt den Rundfunkstaatsvertrag. Ob man so weit gehen möchte, weiß ich nicht.

In dem zweiten Antrag, in dem es konkreter um den NDR geht, fordert die CDU nicht weniger als eine Dominanz Niedersachsens beim NDR. Auch dafür kann ich als Niedersachse erst einmal Sympathie haben, aber auch hier stellt sich für mich natürlich die Frage, ob die anderen drei Länder da mitspielen bzw. warum sie da mitspielen sollten. Ihr Parteifreund Herr Günther ist Ministerpräsident in Schleswig-Holstein. Ich weiß nicht, ob er den Antrag kennt, ich weiß nicht, wie er sich dazu verhält. Es würde mich allerdings wundern, wenn er sagt: Genau das möchte ich auch.

Aber auch hier, muss man sagen, hat die Union durchaus einen Punkt. Es muss schon Ziel sein, dass die Beitragsgelder aus Niedersachsen im Kern auch für Niedersachsen verwendet werden. Ob das am Ende so kleinteilig sein kann und muss, wie ich es für mich gelesen habe, weiß ich nicht. Denn wenn man gemeinsam eine Anstalt hat - und ich habe die CDU so verstanden, dass sie am NDR im Grundsatz festhalten möchte -, dann gibt es immer auch übergeordnete Kosten, die man sicherlich auf alle umlegen muss.

(Glocke der Präsidentin)

Klar, es ist in gewisser Weise teurer. Das haben Sie selbst ausgeführt. Für die kleinen Länder gibt man mehr Geld aus. Aber auch bei Sendungen gibt es ja Skaleneffekte. Wenn eine Sendung gut produziert ist und von 8 Millionen Leuten geguckt wird - weil in Niedersachsen 8 Millionen Menschen leben -, kostet sie nicht mehr als eine Sendung, die vielleicht 3 Millionen Leute schauen. Das ist so.

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Letzter Satz!

Jens-Christoph Brockmann (AfD):

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss. Die Anträge sind durchaus spannend.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Wir kommen jetzt zur Ausschussüberweisung zu beiden Tagesordnungspunkten.

Federführend soll der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sein. Die vorbereitende Beratung erfolgt im Unterausschuss „Medien“. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen. Der nächste, der 17. Tagungsabschnitt ist vom Montag, den 17., bis Donnerstag, den 20. Juni vorgesehen. Der Ältestenrat wird den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen, und der Landtag wird entsprechend einberufen werden.

Ich wünsche Ihnen allen ein schönes verlängertes Pfingstwochenende.

Schluss der Sitzung: 13.02 Uhr.

